

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Kay Möller | Gerhard Will*

## Südostasien 2002

Transformation, Kräftevergleich, Kooperation

S 27  
August 2002  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2002

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

Karte von Südostasien 4

**Problemstellung und Schlußfolgerungen 5**

**Transformation 7**

Thailand 7

Malaysia 9

Singapur 10

Indonesien 11

Osttimor 15

Brunei 16

Philippinen 17

Birma 18

Kambodscha 20

Laos 22

Vietnam 23

**Kräftegleichgewicht 26**

Rüstungswettbewerb und neue Geographie 26

Der Zustand von Pax Americana 27

Rußland, Japan, Indien, China 27

Nichtmilitärische Risiken 28

**Kooperation 30**

ASEAN 30

ASEAN+3 31

**Der Bedeutungsverlust hält an 32**

**Abkürzungen 32**

## Karte von Südostasien



Quelle: Kartensammlung der Universität Texas im Internet:  
[http://www.lib.utexas.edu/Libs/PCI/Map\\_collection/middle\\_east\\_and\\_asia/SoutheastAsia\\_ref00.pdf](http://www.lib.utexas.edu/Libs/PCI/Map_collection/middle_east_and_asia/SoutheastAsia_ref00.pdf), 31.5.2002)

## **Südostasien 2002**


### **Transformation, Kräftevergleich, Kooperation**

Südostasien hat seit der Krise von 1997/98 nicht wieder zur wirtschaftlichen Dynamik der 80er und frühen neunziger Jahre zurückgefunden. Ausländische Investoren orientieren sich zunehmend in Richtung Volksrepublik China, deren Beitritt zur Welthandelsorganisation die südlichen Nachbarn einem verschärften weltweiten Wettbewerb aussetzt. Trotz der in einigen Staaten zu verzeichnenden makroökonomischen Erholung fehlt es weiterhin an überzeugenden wirtschaftlichen und politischen Antworten auf diese Herausforderung. Da die indonesische Wirtschaft weiterhin stagniert, kann das Land nicht mehr seine einstige Rolle als »interner Förderator« der Region spielen. Gleichzeitig stehen sich kompetitive und kooperative sicherheitspolitische Ansätze zunehmend antagonistisch im Wege.

Die terroristischen Anschläge von New York und Washington könnten langwährende und im Einzelfall schwerwiegende Auswirkungen auf die Entwicklung Südasiens haben. Zum einen wurden seit dem 11. September 2001 Zusammenhänge zwischen Separatismus, politischem Islam, Terrorismus und anderen nichtmilitärischen Risiken deutlich. Zum anderen erwiesen sich sowohl die Nationalstaaten als auch zwischenstaatliche Arrangements bisher als unfähig bzw. ungeeignet, diesem Phänomen wirksam zu begegnen. Die Folge war die mehr oder minder enthusiastische Beteiligung einiger Regierungen an der »internationalen antiterroristischen Koalition«, vielfach in Gestalt intensivierter nachrichtendienstlicher und/oder militärischer Kontakte zu den USA. Washington zeigte nun seinerseits wieder mehr Toleranz für autoritäre Regime und Tendenzen.

Die Krise des 11. September traf die Region mitten in einer Rezession. Der Rückgang der weltweiten Nachfrage nach Produkten der Elektro- und Elektronikindustrie hatte vielfach zu stagnierendem Wachstum und zunehmender Arbeitslosigkeit geführt. Um so deutlicher trat die Notwendigkeit externer Impulse für die südostasiatische Ökonomie zutage.

Angesichts ihrer hausgemachten Probleme könnten weder Japan noch China die Rolle des regionalen Wirtschaftsmotors übernehmen. Nichtsdestotrotz lieferten sich Peking und Tokyo einmal mehr einen Kampf um



die Führungsrolle in der ostasiatischen Gesamtregion. Den Sieg in der ersten Runde konnte die Volksrepublik mit ihren Plänen für eine ASEAN-China-Freihandelszone für sich verbuchen. Bis zur Initialphase dieses und anderer Projekte werden allerdings mindestens zehn Jahre vergehen. Während dieser Zeit bleibt Südostasien (wie Ostasien insgesamt) wirtschafts- und sicherheitspolitisch in hohem Maße auf die USA angewiesen.

# Transformation

Hatte die Krise von 1997/98 in den meisten Staaten Südostasiens politische, wirtschaftliche und ökonomische Transformationsprozesse inspiriert, ist der Reformelan mittlerweile erlahmt. Das mag angesichts der konjunkturellen Einbrüche überraschen, ist aber darauf zurückzuführen, daß sich anachronistische Eliten durch populistisch-nationalistische Politik an der Macht halten wollen. Ähnliche Motive dürften der (unterschiedlich ausgeprägten) Beteiligung an George Bushs »antiterroristischer Koalition« vom September 2001 zugrunde liegen. Dabei vollziehen allerdings insbesondere die Staaten des malaiischen Archipels einen schwierigen Drahtseilakt zwischen den Erwartungen der eigenen, vielfach islamischen Klientel und jenen der amerikanischen Schutzmacht. Erste Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs, der während des ersten Halbjahrs 2002 in Malaysia und in Thailand zu beobachten war, erlauben diesbezüglich, wie auch im Hinblick auf die Zukunft der Region generell, noch keine Rückschlüsse.

## Thailand

<p><i>Einwohner:</i> 61,6 Millionen  <i>Ethnische Zusammensetzung:</i> Thai 75%, Chinesen 14%,          Malaien 3%, ethnische Minderheiten 8%  <i>BIP 2000:</i> 123 Mrd. US-Dollar  <i>BIP pro Kopf 2000:</i> 1 997 US-Dollar  <i>Wachstum 1999–2000:</i> 4,4%  <i>Verteidigungsbudget 2000:</i> 2 Mrd. US-Dollar  <i>Truppenstärke:</i> 306 000 (Heer: 190 000,          Marine: 68 000, Luftwaffe: 48 000)  <i>Staatsoberhaupt:</i> König Rama IX. (seit 1946)  <i>Regierungschef:</i> Thaksin Shinwattra (seit 2001)</p>
---

Die Politik Thailands wurde 2001/02 in hohem Maße von dem Telekommunikationsmagnaten Thaksin Shinwattra bestimmt, der sich gerne als der erfolgreichste Unternehmer des Landes bezeichnet. Thaksin errang im Januar 2001 mit der von ihm selbst gegründeten, populistisch ausgerichteten »Thai Rak Thai Party« (»Thais lieben Thais«, TRT) einen überwältigenden Wahlerfolg und übernahm daraufhin das Amt des

Ministerpräsidenten. Wenige Wochen zuvor hatte die Nationale Antikorruptions-Behörde gegen ihn eine Anklage wegen Verschleierung seiner Vermögensverhältnisse erhoben. Erst im August 2001 wurde Thaksin vom Verfassungsgericht mit einem denkbar knappen Votum von 8 zu 7 Richterstimmen freigesprochen.

Thaksin nutzte die durch den Freispruch erlangte politische Handlungsfreiheit,<sup>1</sup> um seine parlamentarische Mehrheit auszubauen. Im Januar 2002 schlossen sich die 34 Abgeordneten der New Aspiration Party (NAP) dem Regierungslager an, das damit 293 Sitze besaß. Nach erfolgreichen Koalitionsverhandlungen mit der Chart Pattana Party (CPP) vergrößerte sich die Mehrheit auf 350 Mandate von insgesamt 500, so daß Thaksin nunmehr über eine Zweidrittelmehrheit verfügt. Damit kann er die von ihm lange eingeforderten Verfassungsänderungen durchsetzen und die Macht all jener Institutionen einschränken, die die Verfassung von 1997 als unverzichtbare Bestandteile eines demokratischen Rechtsstaats vorgesehen hatte.<sup>2</sup>

Gestützt auf diese parlamentarische Mehrheit, verschärfte Thaksin seinen Kampf gegen regierungskritische Medien, die er für sinkende Sympathiewerte in Meinungsumfragen und die kaum verhohlene Kritik des Königs an seinem Regierungsstil verantwortlich machte.<sup>3</sup> Dabei ging es ihm nicht nur um einzelne Sanktionen gegen mißliebige Journalisten und Publikationen, sondern um eine systematische Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Diesem Zweck wird künftig eine eigene Behörde dienen, die »Fehler« und »Falschmeldungen« korrigieren und klare Richtlinien für die Berichterstattung herausgeben soll.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Eine Verurteilung hätte unter anderem einen fünfjährigen Ausschluß von allen politischen Ämtern zur Folge gehabt.

<sup>2</sup> Dazu gehören das Verfassungsgericht (1998), die Nationale Wahlkommission (1998), eine Menschenrechtskommission (1999), eine Anti-Korruptionsbehörde (1999), Verwaltungsgerichte (2000) und ein Ombudsmann (2000).

<sup>3</sup> In seiner jährlichen Geburtstagsansprache warnte der König am 4. Dezember 2001 vor dem Anlegen »doppelter Maßstäbe«, die das Land in die Katastrophe führen würden. Wenig später waren Thaksins Sympathiewerte auf 48% (von 73% im Mai 2001) gesunken. Vgl. *The Economist*, 2.2.2002, S. 52, und *Far Eastern Economic Review* (FEER), 7.2.2002, S. 20.

<sup>4</sup> Ebd.

Trotz dieser breitangelegten Offensive von Regierungsseite blieb die Opposition zersplittert und trug dadurch wesentlich zur Machtfülle des Premierministers bei, der seinerseits viel Energie und noch mehr Geld investierte, um seine heterogene Koalition zusammenzuhalten. Im Wahlkampf hatte die TRT insbesondere der ländlichen Bevölkerung, die bislang kaum vom wirtschaftlichen Aufschwung profitierte, umfangreiche Hilfszusagen gemacht.<sup>5</sup> Darüber hinaus mußten jene Gruppierungen aus Thaksins Lager zufriedengestellt werden, die seit langem Thailands Wirtschaft kontrolliert hatten und für einen großen Bestand »fauler« Kredite verantwortlich waren. Um die Banken des Königreichs zu entlasten, wurde eine National Asset Management Corporation gegründet. Diese übernahm nichtrückholbare Kredite mit einem Gesamtwert von ca. 30 Milliarden US-Dollar, um deren Umschuldung in die Wege zu leiten. Letztlich bedeutet dies, daß die öffentliche Hand für einen Großteil dieser Schulden aufkommen wird. Gleichzeitig fließt damit neues Geld in alte Strukturen, in denen Darlehen nach politischer Loyalität und nicht nach ökonomischen Kriterien vergeben werden.

Kurzfristig hat das gewaltige öffentliche Finanzierungsprogramm einen deutlichen Anstieg der inländischen Nachfrage vor allem nach hochwertigen Konsumgütern ausgelöst. War die Volkswirtschaft 2001 nur um 1,8 Prozent gewachsen, so wird für 2002 ein Wachstum von 3 bis 3,5 Prozent prognostiziert.<sup>6</sup> Kritiker geben allerdings zu bedenken, daß dieser Boom nicht lange anhalten wird, da die öffentlichen Gelder nicht in notwendige Umstrukturierungsprogramme, sondern in private Taschen und von dort in den privaten Konsum geflossen sind. Nachdem die öffentlichen Schulden binnen eines Jahres von 48 auf 58 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angewachsen waren, hatte die Regierung angekündigt, sie auf 60 Prozent zu begrenzen. Unabhängige Ökonomen gehen jedoch davon aus, daß sie bereits auf mehr als 70 Prozent angewachsen sind.<sup>7</sup> Sollte sich dieser Trend fortsetzen, wird der immense Anstieg der öffentlichen Ausgaben zu einem Wertverlust des Baht führen und damit unweigerlich eine erneute Rezession nach sich ziehen.

<sup>5</sup> Den Bauern sollten für drei Jahre alle Schulden erlassen werden, jedem thailändischen Dorf wurde ein Kredit in Höhe von ca. 23 000 US-Dollar zugesagt. Darüber hinaus wollte Thaksin in öffentlichen Kliniken Behandlungskosten von weniger als 1 US-Dollar pro Person durchsetzen.

<sup>6</sup> Vgl. FEER, 28.3.2002, S. 51.

<sup>7</sup> Ebd., 13.12.2001, S. 52.

Während die Exporte im Jahr 2000 noch etwa 65 Prozent des BIP ausgemacht hatten, gingen sie im Gegensatz zur steigenden Binnennachfrage 2001 um 9 Prozent zurück und wiesen in den ersten Monaten des Jahres 2002 noch keine signifikanten Zuwächse auf.<sup>8</sup> Ebenso fielen 2001 die neuen ausländischen Direktinvestitionen um 40 Prozent geringer aus als im Vorjahr.<sup>9</sup>

In der Außenpolitik ließ die Regierung Thaksin kein klares Konzept erkennen. So wurde auf die militant-nationalistischen Töne, die der Premierminister kurz nach Amtsantritt von sich gegeben hatte, zehn Monate später zugunsten eines intensiveren Verbens um ausländische Investoren verzichtet. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus hatte Bangkok den USA zunächst die Nutzung des Luftwaffenstützpunkts Utapao für Operationen in Afghanistan untersagt.<sup>10</sup> Wenig später bot die Regierung aber die Entsendung eigener Pionier- und Sanitätsverbände unter der Voraussetzung an, daß der militärische Einsatz der USA auf Afghanistan begrenzt bliebe.<sup>11</sup>

Nach dem Ausfall Indonesiens (s.u.) gelang es Thailand nicht, in der Gemeinschaft Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) jene Führungsrolle zu übernehmen, die ihm aufgrund seiner Geschichte und Größe eigentlich zugekommen wäre. Statt dessen wurde Bangkok zunehmend mit Problemen an den eigenen Grenzen konfrontiert. Der dramatische Anstieg des Drogenschmuggels aus Birma und Laos, der zunehmend mit bewaffneten Übergriffen und Zusammenstößen an der Grenze einherging, stellt mittlerweile die größte und unmittelbarste Gefährdung der Sicherheit Thailands dar.<sup>12</sup> Ministerpräsident Thaksin, der im Norden des Landes nahe der birmanischen Grenze aufgewachsen ist, hatte lange Zeit darauf vertraut, dieses Problem auf »asiatische Weise«, das heißt mit Hilfe persönlicher Beziehungen zu Mitgliedern der birmanischen Junta lösen zu können.<sup>13</sup> In jüngster Zeit ist allerdings

<sup>8</sup> Ebd., 28.3.2002, S. 51.

<sup>9</sup> Ebd., 7.2.2002, S. 18.

<sup>10</sup> Vgl. Michael *Montesano*, Thailand in 2001. Learning to Live with Thaksin?, in: *Asian Survey*, 42 (Januar/Februar 2002) 1, S. 90–99 (98).

<sup>11</sup> Vgl. Interview mit dem Oberbefehlshaber des königlich thailändischen Heeres, in: *Asian Defence Journal*, (April 2002), S. 32–34.

<sup>12</sup> Pierre-Arnaud *Chouvy*, Drugs and War Destabilise Thailand-Myanmar Border Region, in: *Jane's Intelligence Review*, 14 (April 2002) 4, S. 33–35.

<sup>13</sup> Vgl. *Montesano*, Thailand in 2001, S. 97.



deutlich geworden, daß diese Kontakte und die ASEAN-Diplomatie alten Stils nicht ausreichen, um mit den neuen Herausforderungen fertigzuwerden.

## Malaysia

Einwohner: 22,1 Millionen  
 Ethnische Zusammensetzung: Malaien 64%,  
 Chinesen 27%, Inder 9%  
 BIP 2000: 88 Mrd. US-Dollar  
 BIP pro Kopf 2000: 3 982 US-Dollar  
 Wachstum 1999–2000: 5,7%  
 Verteidigungsbudget 2001: 1,9 Mrd. US-Dollar  
 Truppenstärke: 100 500 (Heer: 80 000, Marine: 12 500,  
 Luftwaffe: 8 000)  
 Staatsoberhaupt: König Syed Sirajuddin  
 (seit 2002, auf 5 Jahre gewählt)  
 Regierungschef: D. S. Mahathir bin Mohamad  
 (seit 1981)

Malaysia befand sich 2001 aufgrund regionaler und globaler Konjunktorentwicklungen technisch in einer Rezession. Das BIP wuchs gerade noch um 0,4 Prozent, die Sparquote war eine der höchsten der Welt. Der Druck auf den Ringgit nahm zu, und der Anteil nicht-rückholbarer Kredite an allen Bankkrediten stieg von 10 auf 12 Prozent. Trotz Aufhebung der meisten Kapitalverkehrskontrollen stagnierten ausländische Direktinvestitionen weiterhin, die Arbeitslosenrate näherte sich der Fünf-Prozent-Marke.

Kuala Lumpur versuchte einmal mehr, den damit einhergehenden Risiken mit Kapitalinfusionen zu begegnen. Neue Infrastrukturprogramme ließen das Haushaltsdefizit auf 5 Prozent des BIP anwachsen.

Angesichts dieser Entwicklungen sah sich die Regierung schließlich zu einer Reihe von Reformen genötigt, war aber nicht bereit, das traditionelle Patronagesystem gänzlich zu opfern. Mehrere große überschuldete Unternehmen wurden erneut verstaatlicht, Maßnahmen gegen Korruption und Intransparenz aufgelegt. Der Bankensektor wurde konsolidiert und rekapitalisiert. Ausländische Investoren kehrten an die malaysischen Aktienmärkte zurück. Für 2002 wird mit einem deutlich höheren gesamtwirtschaftlichen Wachstum gerechnet.<sup>14</sup>

Vorausgegangen war der Bruch zwischen Premierminister Mahathir Mohamad und Finanzminister

Daim Zainuddin, der am 1. Juni 2001 ohne Angabe von Gründen zurücktrat. Daim hatte Mahathir zumeist loyal gedient, sich aber in den letzten Monaten seiner Amtszeit gelegentlich kritisch geäußert und eigene Protégés in den großen Mischkonzernen des Landes begünstigt.<sup>15</sup> Der 77jährige Regierungschef bestellte sich selbst zum amtierenden Finanzminister.

Mahathir, der seit 21 Jahren an der Macht ist, scheint sein Ausscheiden aus der aktiven Politik für das Jahr 2003 vorzubereiten.<sup>16</sup> Zuvor möchte er offensichtlich sein Image beim malaiischen Wähler der Mittelklasse durch die erwähnten Reformschritte verbessern. Bei den Wahlen im Dezember 1999 hatte die United Malay National Organisation (UMNO), die seit 1957 ununterbrochen als Anführerin eines großen Parteienbündnisses regiert, die Hälfte ihrer – überwiegend malaiischen<sup>17</sup> – Wählerschaft an die Opposition verloren. Der malaiische Mittelstand war einer der Hauptverlierer der Ostasienkrise von 1997/98 gewesen, und viele Malaien bezichtigten Mahathir der Korruption und des Ausverkaufs traditioneller Werte.

Nutznieser der umfangreichen Stimmenverschiebungen war ein Bündnis unter nomineller Führung des 1998 verhafteten ehemaligen Vizepremiers Anwar Ibrahim, stärkste Kraft war dabei die ländlich-malaiische Islamische Partei Malaysias (Parti Islam se-Malaysia, Pas). Nach den Wahlen erhöhte der Regierungschef einmal mehr den Druck auf die inner- und außerparlamentarische Opposition. Mitte 2001 wurden 12 Oppositionspolitiker nach Maßgabe des Internal Security Act (ISA) ohne Gerichtsverfahren inhaftiert. Seither wurden insgesamt 62 Personen festgenommen, denen unter anderem die Vorbereitung der gewaltsamen Gründung eines islamischen Staates vorgeworfen wurde. Die meisten Inhaftierten waren Pas-Mitglieder, nur drei von ihnen sind bislang freigelassen worden. Nach dem 11. September unterstellte die Regierung der Gruppe Beziehungen zu Osama bin Ladens al-Qaida, blieb aber die Beweise schuldig.<sup>18</sup>

<sup>15</sup> Ebd., 26.7.2001, S. 54.

<sup>16</sup> Im Juni 2002 teilte der stellvertretende Ministerpräsident Abdullah Badawi mit, Mahathir werde noch mindestens ein Jahr im Amt bleiben, bevor er selbst die Regierungskoalition in den Wahlkampf 2004 führen werde. Vgl. Renminribao (»Volkszeitung«, Peking), 24.6.2002, zitiert in Asia-Pacific Intelligence Brief (boutillier@ampsc.com), 24.6.2002.

<sup>17</sup> Die UMNO vertritt in erster Linie die Interessen der malaiischen Bevölkerungsgruppe.

<sup>18</sup> Vgl. FEER, 24.1.2002, S. 8/9. Nach offizieller Darstellung gehören alle inhaftierten Pas-Mitglieder zur sogenannten Malaysischen Mujahidin-Organisation (Kumpulan Mujahidin

<sup>14</sup> Vgl. FEER, 23.5.2002, S. 40–41.

Nach dem 11. September begann der Zerfall der oppositionellen »Alternativen Front«, deren stärkstes Mitglied Pas die amerikanische Intervention in Afghanistan verurteilt und sich für die Gründung eines islamischen Staates in Malaysia eingesetzt hatte. Nachdem im Oktober 2001 an die 3000 Malaien in Kuala Lumpur gegen die Politik der USA demonstriert hatten, erging ein De-facto-Versammlungsverbot. Angesichts der Kontrolle der Medien durch die Regierung war der Pas der wichtigste Kommunikationskanal zur eigenen Basis versperrt. Aus zwei seither abgehaltenen Nachwahlen gingen die Regierungsparteien siegreich hervor.

In der Folge des 11. September trugen Malaysias Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu den USA Früchte. Das Verhältnis hatte sich wegen der Verhaftung Anwars 1998 erheblich verschlechtert. Sowohl Mahathir als auch Anwar äußerten sich zwar kritisch zur amerikanischen Intervention in Afghanistan, die Anschläge von New York und Washington wurden jedoch von beiden einhellig verurteilt. Präsident Bush dankte Mahathir telefonisch für die antiterroristischen Maßnahmen und traf ihn im Oktober 2001 am Rande des Gipfels der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftszusammenarbeit (Asia-Pacific Economic Cooperation, APEC) zu einem Vieraugengespräch. Im Mai 2002 besuchte der malaysische Regierungschef Washington.

Malaysia, KMM, gelegentlich auch als »Malaysische Militante Organisation«, Kumpulan Militan Malaysia, bezeichnet). Tatsächlich sollen die seit dem 11. September verhafteten Mitglieder von Jemaah Islamiah sein, deren Führer aus Singapur stammen und bei der es die meisten Hinweise auf Verbindungen zu al-Qaida gibt. Dieser Gruppe gehören keine Pas-Mitglieder an. Während KMM ausschließlich innenpolitische Ziele verfolgt, strebt Jemaah Islamiah die Gründung eines islamischen Staates an, bestehend aus Malaysia, Indonesien und dem philippinischen Mindanao. Ebd., 18.4.2002, S. 14–18.

## Singapur

*Einwohner:* 3,7 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* Chinesen 76,6%,  
 Malaien 14%, Inder 7,9%, andere 1,4%  
*BIP 2000:* 97 Mrd. US-Dollar  
*BIP pro Kopf 2000:* 26 216 US-Dollar  
*Wachstum 1999–2000:* 10,1%  
*Verteidigungsbudget 2001:* 4,3 Mrd. US-Dollar  
*Truppenstärke:* 60 500 (Heer: 50 000, Marine: 4 500,  
 Luftwaffe: 6 000  
*Staatsoberhaupt:* Sellapan Ramanathan (seit 1999)  
*Regierungschef:* Goh Chok Tong (seit 1990)

Singapur war von der schwachen Weltkonjunktur in besonderem Maße betroffen und befand sich seit Mitte 2001 technisch in einer Rezession. Das Volumen des Außenhandels schrumpfte um 10 Prozent. Der Singapur-Dollar fiel gegenüber dem US-Dollar in ein Zehnjahrestief. Die Arbeitslosenrate erreichte 5 Prozent. Die Regierung verfügte Steuersenkungen<sup>19</sup> und erwog die Ausgabe von Firmenanteilen an Privatpersonen.<sup>20</sup> Der Bankensektor wurde weiter geöffnet. Es kam zu einer neuen Debatte über die Diversifizierung der bisher von der Elektronikindustrie dominierten Wirtschaft und die jahrzehntelange Vernachlässigung des einheimischen privaten Unternehmertums durch die seit 1959 ununterbrochen regierende People's Action Party (PAP).

Die Regierung legte im Oktober 2001 ein öffentliches Ausgabenprogramm mit einem Volumen von 6,2 Millionen Dollar auf.<sup>21</sup> Wenig später ließ sie das Parlament auflösen und veranstaltete vorgezogene Wahlen, in denen ein überwältigender PAP-Sieg schon deshalb vorprogrammiert war, weil die Opposition nur in einigen Wahlkreisen antrat. Um den Eindruck einer monolithischen Einparteienherrschaft zu relativieren, erlaubte die PAP 20 ihrer Abgeordneten, sich im Parlament fortan auch regierungskritisch zu äußern.<sup>22</sup>

<sup>19</sup> Demnach soll der höchste Einkommenssteuersatz in drei Jahren von 26% auf 20% gesenkt werden. Um daraus resultierende Einnahmeverluste partiell auszugleichen, wird die Mehrwertsteuer 2003 von 3% auf 5% erhöht. Ebd., 25.4.2002, S. 19.

<sup>20</sup> Ebd., 13.9.2001, S. 62.

<sup>21</sup> Zusätzlich wurden 2002 80 Mio. Dollar zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit singapurischer Häfen ausgewiesen.

<sup>22</sup> Vgl. South China Morning Post (Hongkong), 8.11.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief (boutillier@ampsc.com),

Für 2002 erwartet die Regierung angesichts anziehender Exporte ein BIP-Wachstum von 2 bis 4 Prozent. Ungeachtet dessen wird mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet.<sup>23</sup>

Singapur fühlt sich vom weltweiten Terrorismus in besonderem Maße bedroht und versucht, den damit verbundenen Risiken unter anderem mit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Militär und Polizei zu begegnen. Darüber hinaus wurden die nachrichtendienstlichen Beziehungen zu den USA intensiviert. Im Dezember 2001 wurden 14 muslimische Staatsbürger und ein Malaysier ohne Gerichtsverfahren unter dem Vorwurf der Planung von Bombenattentaten gegen ausländische Einrichtungen inhaftiert. Wenig später verhaftete die philippinische Polizei auf einen Hinweis aus Singapur hin einen angeblich von al-Qaida ausgebildeten Munitionsexperten, der mit Sprengstoff im Gepäck unterwegs in den Stadtstaat war. Singapurs staatsnahe Medien haben seither insbesondere die angeblich von Indonesien ausgehende Bedrohung hochgespielt und so neue Spannungen im Verhältnis zu Jakarta erzeugt.

## Indonesien

*Einwohner:* 216,2 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* Javanesen 45%, Sundanesen 14%, Maduresen 8%, Malaien 8%, Chinesen 3%, andere (insgesamt ca. 360 Ethnien) 22%  
*BIP 2000:* 160 Mrd. US-Dollar  
*BIP pro Kopf 2000:* 740 US-Dollar  
*Wachstum 1999–2000:* 4,5%  
*Verteidigungsbudget 2000:* 2,271 Mrd. US-Dollar  
*Truppenstärke:* 297 000 (Heer: 230 000, Marine: 40 000, Luftwaffe: 27 000)  
*Präsidentin:* Megawati Sukarnoputri (seit 2001)

Am 26. Juli 2001 wählte Indonesiens Beratende Volksversammlung – das Oberhaus des Parlaments – Megawati Sukarnoputri zum fünften Staatsoberhaupt der Republik und beendete damit die volatile Präsidentschaft von Abdurrahman Wahid, der zuvor der Korruption beschuldigt worden war. Megawati stützt sich seither nicht nur auf ihre eigene Partei, die Demokratische Partei Indonesiens für den Kampf (Partai Demokrasi Indonesia-Perjuangan, PDI-J), und das

9.11.2001.

<sup>23</sup> Vgl. FEER, 30.5.2002, S. 46.

Militär,<sup>24</sup> sondern auch auf die alte Suharto-Partei Golkar und eben jenes Bündnis aus islamisch orientierten Parteien, das ihre Wahl im Oktober 1999 durch die Entscheidung für Wahid verhindert hatte. Architekt des Machtwechsels war der Präsident der Beratenden Volksversammlung, Amien Rais, der Initiator des Bündnisses.

Die weltweiten Reaktionen signalisierten zunächst vorsichtigen Optimismus. Der Internationale Währungsfonds (IWF) gab Hilfen im Wert von 400 Millionen US-Dollar frei und lockerte auf japanischen und amerikanischen Druck seine Konditionen.<sup>25</sup> Der Optimismus währte allerdings nicht lange. So warnte die Weltbank bereits im November 2001 vor rückläufiger Hilfsbereitschaft der internationalen Geber, sollte Jakarta nicht durch eine konsequente Privatisierungspolitik zum Schuldenabbau beitragen. Die Indonesien von der Konsultativgruppe im November gewährten neuen Kredite mit einem Umfang von 3,14 Milliarden US-Dollar sollen der Regierung beim Ausgleich eines Haushaltsdefizits von 3,9 Milliarden US-Dollar helfen; die Auszahlung von 1,3 Milliarden US-Dollar aus diesem Paket wurde allerdings von weiteren Wirtschaftsreformen abhängig gemacht.<sup>26</sup> Der Schuldendienst verzehrt mittlerweile 40 Prozent des Staatshaushalts.<sup>27</sup> Mehr als 40 Millionen Indonesier sind arbeitslos. Das Wirtschaftswachstum stagniert bei ca. 3 Prozent.

Mit der Ernennung eines technokratischen Wirtschaftsteams und der Einbringung eines realistischen Haushalts weckte Megawati zunächst große Hoffnun-

<sup>24</sup> Die Führung der Streitkräfte hatte Wahids Forderung nach Ausrufung des Notstands abgelehnt.

<sup>25</sup> Vgl. FEER, 23.8.2001, S. 14–16.

<sup>26</sup> Vgl. BBC, 8.11.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 9.11.2001. Im April 2002 billigten die Mitglieder des sogenannten Pariser Clubs verlängerte Fristen für die Rückzahlung fälliger Zinsen. Vgl. FEER, 25.4.2002, S. 39.

<sup>27</sup> Indonesiens Auslandsverschuldung belief sich 2000 auf 144 Mrd. US-Dollar, was nahezu dem Volumen des BIP entsprach. Hiervon waren 60% öffentliche und 40% private Schulden. Von 1997 bis 2000 war die Verschuldung um 81 Mrd. US-Dollar angewachsen. Gleichzeitig verringerten sich die Rückzahlungen angesichts einer zunehmend angespannten Haushaltslage von 6 Mrd. US-Dollar 1997 auf 3 bis 4 Mrd. US-Dollar 2000. Der Zuwachs um 81 Mrd. US-Dollar beruht fast vollständig auf den im Zusammenhang mit der Refinanzierung privater Banken aufgelaufenen inländischen Schulden der Regierung. Diese entschied im Juni 2002, die Zahl der von Geschäftsbanken gehaltenen Staatsanleihen u.a. mittels eines Entschuldungsprogramms der Zentralbank zu reduzieren. Vgl. Ibonweb, Jakarta, <<http://articles.ibonweb.com/webarticle.asp?num=1221>>, 25.6.2002.

gen, aber ihre Unzugänglichkeit und Unentschlossenheit ließen den Reformelan schon bald erlahmen. Der Widerstand traditioneller Eliten aus Politik und Wirtschaft hinderte die Indonesian Banking Restructuring Agency (IBRA) daran, die Privatisierung von Staatsbetrieben voranzutreiben. Mangels rechtlicher Reformen erreichte die allgemeine Korruption einen neuen Höhepunkt. Im Zusammenhang mit den Dezentralisierungsmaßnahmen im Januar 2001 ereigneten sich spektakuläre Fälle von Wirtschaftskriminalität und lokaler Mißwirtschaft. Die Streitkräftereform stockte, während der Verteidigungshaushalt um 40 Prozent erhöht wurde. Ein Gesetz vom Dezember 2001 wies dem Militär einmal mehr Verantwortung für die Bekämpfung äußerer *und* innerer Bedrohungen zu. Beobachter sprachen von einem personellen und atmosphärischen Comeback der Suhartoschen »Neuen Ordnung« ohne die damalige Führungsstärke und Vision.<sup>28</sup> Gewissermaßen als Reflex auf diese Entwicklung annullierte der Oberste Gerichtshof im September 2001 die Verurteilung des Suharto-Sohns Hutomo Mandala Putra, genannt Tommy, wegen Korruption. Tommy Suharto war das einzige Familienmitglied, gegen das jemals Anklage erhoben worden war.<sup>29</sup>

Auf den ersten Blick unterscheidet sich das neue Indonesien vom alten Suharto-Regime dadurch, daß die Legislative auf Kosten des Staatsoberhauptes gestärkt wurde und das Militär seinen Rückzug aus der Politik eingeleitet hat.<sup>30</sup> Auf den zweiten Blick desavouieren sich die Parlamentarier allerdings durch Korruption, und die Streitkräfte erleben ein Comeback durch die Hintertür.<sup>31</sup> Dafür trifft nicht zuletzt Wahid

die Schuld, der mit seiner Politik zu einem erneuten Schulteranschlag der bis dahin zerstrittenen militärischen Führung beigetragen hatte.

Das indonesische Militär präsentiert sich heute einmal mehr als Garant der – nun angeblich durch islamische Radikale mit Verbindungen zum internationalen Terrorismus gefährdeten – inneren Ordnung.<sup>32</sup> Nachdem einige seiner Einheiten noch 2001 den mörderischen Kampf der Terrororganisation Laskar Jihad gegen die Christen in den Molukken gefördert hatten,<sup>33</sup> um die demokratischen Strukturen zu destabilisieren, verstärken sie nunmehr den Druck in den vom Separatismus bedrohten Provinzen Aceh und Papua. Dabei können sie sowohl auf Megawatis Duldung als auch auf ein wiedererwachtes Interesse der USA an der »Stabilität« Indonesiens zählen. So gelang es der Bush-Administration im Dezember 2001, indonesische Offiziere trotz fortbestehender Sanktionen des US-Kongresses<sup>34</sup> in ihr regionales antiterroristisches Schulungsprogramm einzubeziehen. Jakarta soll darüber hinaus 8 Millionen US-Dollar zum Aufbau

gehen davon aus, daß das Militär seine Territorialkommandos zur Beeinflussung der Parlamentswahlen 2004 nutzen wird. Vgl. FEER, 25.4.2002, S. 12–15.

**32** Im Dezember 2002 erklärte der indonesische Verteidigungsminister einen umfassenden »Krieg gegen den Terrorismus«, vgl. The Boston Globe, 13.12.2001, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 13.12.2001.

**33** Vgl. Indonesia: Overcoming Murder and Chaos in Maluku, Brüssel: International Crisis Group, 19.12.2000. Der Bürgerkrieg in den Molukken hat bisher 5000 Tote und eine halbe Million Flüchtlinge verursacht. Im Februar 2002 unterzeichneten moslemische und christliche Führer einen Friedenspakt. Mindestens eine bewaffnete islamische Gruppe distanzierte sich allerdings von der Vereinbarung. Es ist seither wiederholt zu Bombenanschlägen und neuen Zusammenstößen gekommen. Mittlerweile beteiligt sich auch die in den Niederlanden angesiedelte Bewegung für eine Republik der Südlichen Molukken am Bürgerkrieg, die in den fünfziger Jahren für einen unabhängigen Staat gekämpft hatte. Die Streitkräfte verlangten im April 2002 die Verhängung des Kriegsrechts in der Region.

**34** 1999 hatte der Kongreß im Anschluß an Massaker in Osttimor das sogenannte Leahy-Amendment verabschiedet, das jegliche militärische Zusammenarbeit mit Indonesien untersagt. Für eine Rücknahme der Sanktionen wären rechtliche Schritte gegen Offiziere erforderlich, die schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen in Osttimor beschuldigt werden. Im Januar 2002 schuf die Regierung in Jakarta zu diesem Zweck ein Sondergericht, das bisher noch keine Urteile gefällt hat. Indonesische Offiziere dürfen seit einem Massaker an Osttimoresen 1991 nicht mehr am Internationalen Militär- und Ausbildungsprogramm (International Military and Education Training Programme, IMET) der USA teilnehmen.

**28** Vgl. The Jakarta Post, 12.12.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 11.12.2001.

**29** Im März 2002 wurde Tommy Suharto wegen Beihilfe zum Mord festgenommen.

**30** So sieht der Entwurf für ein Wahlgesetz vom Juni 2002 vor, daß die für Vertreter des Militärs und der Polizei reservierten Sitze im Repräsentantenhaus ab 2004 und in der Beratenden Volksversammlung ab 2009 wegfallen. Dafür erhalten aktive Soldaten und Polizisten erstmals seit 1955 wieder das allgemeine Wahlrecht. Vgl. The Jakarta Post, 11.6.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 11.6.2002.

**31** Im Mai 2002 ersetzte Präsidentin Megawati den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Admiral Widodo, vor Erreichen des Pensionsalters durch den Heeresstabschef und ehemaligen Kommandeur der Leibwache von Präsident Suharto, General Endriarto Sutarto, in dessen bisherige Position der Kommandeur der Strategischen Reservetruppen, Generalleutnant Ryamizard Ryacudu, nachrückte. Der konservative Ryacudu verfügt über enge Beziehungen zur Präsidentin und ihrer Partei. Es wird damit gerechnet, daß er in zwei Jahren seinerseits zum Oberbefehlshaber ernannt wird. Beobachter

einer Einsatztruppe zur Bekämpfung religiöser und ethnischer Gewalt erhalten.<sup>35</sup> Die schrittweise Wiederaufnahme der Militärbeziehungen wird vorbereitet. Ende Mai 2002 beteiligten sich zwei Schiffe der US-Kriegsmarine an indonesischen Seemanövern.

Dabei wird die Frage nach dem Ausmaß der religiös-terroristischen Herausforderung durchaus unterschiedlich beantwortet. Während amerikanische Nachrichtendienste in Indonesien sowohl Kontakte zwischen einzelnen al-Qaida-Sympathisanten und radikal-islamischen Organisationen als auch Ausbildungsmaßnahmen für internationale Terroristen sowie möglicherweise Finanzflüsse nachweisen konnten,<sup>36</sup> gibt es noch immer keine Belege für die Existenz aktiver al-Qaida-Zellen im Lande. Das muß nicht weiter verwundern, denn die Motive islamischer Aktivisten von Laskar Jihad bis hin zur Bewegung für ein freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka, GAM) sind lokaler Natur, und die Organisationen würden bei einer Mitwirkung am internationalen Terrorismus nichts gewinnen. Die ca. 200 Millionen indonesischen Muslime gelten in ihrer großen Mehrheit ebenso wie solche Parteien, die sich auf die eine oder andere Weise mit dem Islam identifizieren, im allgemeinen als gemäßigt.

Nichtsdestotrotz könnte eine langfristig stagnierende Volkswirtschaft den Nährboden für eine innenpolitische Radikalisierung und für populistische Antworten liefern.<sup>37</sup> In dieser Hinsicht erscheint die Regierungspolitik seit dem 11. September als schwerfälliger Balanceakt.<sup>38</sup> Megawati geriet im In- und Ausland in die Defensive. Sie hatte sich erst sehr spät zu George Bushs »antiterroristischer Koalition« bekannt und auch danach noch die amerikanische Intervention in Afghanistan kritisiert.<sup>39</sup> Im September und

35 Vgl. FEER, 2.5.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 25.2.2002.

36 Vgl. The Washington Post, <<http://www.washingtonpost.com>>, 14.1.2001.

37 So versuchten lokale Regierungen im südlichen Sulawesi, Westjava, Westsumatra und Zentral-Kalimantan Anfang 2002, das islamische Recht einzuführen, das bisher nur in Aceh praktiziert werden darf. Vgl. FEER, 16.5.2002, S. 8.

38 Es bedurfte erheblichen amerikanischen Drucks, bis die Regierung im Januar 2002 den Vorsitzenden eines sogenannten Indonesischen Mujaheddin-Rats wegen angeblicher Verbindungen zum internationalen Terrorismus verhaften ließ. Der Rat ist Teil der Dachorganisation Darul Islam, die seit Jahrzehnten für die Gründung eines islamischen Staates kämpft. Darul Islam zählt 18 Millionen Mitglieder.

39 Vgl. The Age (Melbourne), zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 15.10.2001. Demnach hätten sowohl Vizepräsident Hamzah Haz als auch der Golkar-Vorsitzende Akbar Tanjung

Oktober 2001 demonstrierten Tausende Indonesier wiederholt gegen die USA und den Krieg in Zentralasien. Eine »Front der Verteidiger des Islam« forderte amerikanische Staatsbürger auf, das Land zu verlassen. Wie schon die anti-australischen Demonstrationen im Herbst 1999 legten sich diese Unruhen allerdings nach einigen Wochen.

Auch im Kampf gegen den schleichenden Zerfall ihres Landes hat Megawati kaum Erfolge vorzuweisen. Ende 2001 griff der Religionskrieg von den Molukken auf das benachbarte Sulawesi über, wo ebenfalls Kämpfer des Laskar Jihad beteiligt waren. Etwa 80 000 Personen mußten ihre Heimat verlassen, mehrere Hundert kamen ums Leben.

Aceh erlebte eine neue Welle der Gewalt, obwohl sich die Präsidentin für die Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit entschuldigt und im August 2001 ein spezielles Autonomiestatut verkündet hatte. Die Genfer Verhandlungen zwischen GAM und Regierung wurden im Juli 2001 für gescheitert erklärt, die Polizei nahm vorübergehend zwei GAM-Unterhändler fest. Anfang 2002 kam es zu neuen Gesprächsrunden, und im Juni erklärte sich die Unabhängigkeitsbewegung bereit, weitere Verhandlungen auf Grundlage des Autonomiestatuts zu führen.<sup>40</sup> Ob diese erfolgreich sein werden, hängt in erster Linie von der Strategie der Sicherheitskräfte ab. Den auf 10 000 Mann geschätzten Unabhängigkeitskämpfern stehen mittlerweile 30 000 Soldaten und Polizisten gegenüber, denen teils schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Der Bürgerkrieg in Aceh hat seit dem Ende des Suharto-Regimes mehr als 2000 Personen das Leben gekostet.

Im Oktober 2001 verabschiedete das Parlament ein Autonomiestatut für Papua, das unter anderem vorsieht, daß die Provinz 80 Prozent der Erlöse aus der Förderung von Erdöl und -gas für sich behalten kann. Der Papua-Präsidialrat, eine Dachorganisation von Pro-Unabhängigkeitsgruppen, wies dieses Angebot sowohl aus grundsätzlichen Erwägungen als auch mangels Vorschriften für die Aufklärung von Menschenrechts-

eine Distanzierung von Washington verlangt. Haz wird von einigen Beobachtern als Anstifter anti-amerikanischer Demonstrationen identifiziert.

40 Im einzelnen sollen 2002 alle Formen von Gewaltanwendung beendet, 2002/3 ein »transparenter politischer Dialog« unter Einbeziehung aller relevanten Kräfte in Aceh geführt und 2004 eine neue Provinzregierung gewählt werden. Vgl. Indonesian Observer <[http://www.indonesian-observer.com/include/jisi\\_all.php?ID=134](http://www.indonesian-observer.com/include/jisi_all.php?ID=134)>, 27.6.2002.

verletzungen zurück.<sup>41</sup> Zuvor war es erneut zu Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und der Guerilla-Organisation für ein Freies Papua (Organisasi Papua Merdeka, OPM) gekommen, die nun auch zunehmend Immigranten aus anderen Provinzen angriff.<sup>42</sup> Spezialeinheiten der Armee wurde vorgeworfen, im November 2001 an der Ermordung von Theys Eluay, dem Vorsitzenden des Präsidentschaftsrats, beteiligt gewesen zu sein.<sup>43</sup> Wie schon zuvor in Osttimor haben Teile des Militärs hier ebenfalls die Gründung pro-indonesischer Milizen gefördert, zu denen Anfang 2002 noch 100 Kämpfer des Laskar Jihad gestoßen sein sollen.<sup>44</sup> In Aceh und in Papua ist mittlerweile fast ein Drittel der indonesischen Streitkräfte im Einsatz.

Einheimische Beobachter führten die anhaltenden Unruhen in weiten Teilen Indonesiens auf das Fehlen einer konsequenten Regierungspolitik zurück, die es »gewissen (antidemokratischen und reformfeindlichen) Gruppierungen, darunter dem Militär und der Polizei«, ermöglicht habe, die Konflikte am Leben zu halten.<sup>45</sup> Von den Sicherheitskräften geht heute ein größeres Sicherheitsrisiko aus als vom angeblichen islamischen Terrorismus.

Trotz einiger spektakulärer Initiativen (Besuche in Nord- und Südkorea im März 2002) sind von Megawati außenpolitisch keine verbindlichen Festlegungen zu erwarten. Mit Malaysia wurde die schrittweise Rückführung von ca. 10 000 illegalen Immigranten vereinbart. Darüber hinaus hat die Präsidentin versucht, das seit der Unabhängigkeit Osttimors angespannte Verhältnis zu Australien zu verbessern. Dennoch bleiben die indonesisch-australischen Beziehungen in bezug auf Menschenrechtsfragen belastet und haben zusätzlich unter Canberras Maßnahmen zur Verhinderung der Wirtschaftsmigration aus und über Indonesien gelitten.<sup>46</sup> Während eines Besuchs von Premierminister John Howard im Februar 2002 beschuldigte

Amien Rais Australien, die Unabhängigkeitsbewegungen in Papua und Aceh finanziell zu unterstützen.<sup>47</sup>

Einer weitreichenden Wiederannäherung an die USA sind auf beiden Seiten aus innenpolitischen Gründen Grenzen gesetzt. Sogar im indonesischen Militär gibt es Kritik an der geplanten Intensivierung der sicherheitspolitischen Beziehungen.

Daß Megawati dennoch bis zum Ende ihrer Amtszeit im Jahr 2004 Präsidentin bleiben dürfte, ist darauf zurückzuführen, daß sich die Kräfte, die die Koalition tragen, schwerlich auf eine Machtübernahme durch Vizepräsident Hamzah Haz von der (islamischen) Partei für Einheit und Entwicklung (Partai Persatuan Pembangunan, PPP) verständigen können. Das politische Überleben von Golkar steht seit Januar 2002 in Frage, als Indonesiens Generalstaatsanwalt den Parteivorsitzenden und Sprecher des Unterhauses, Akbar Tanjung, wegen Korruption anklagte. Sowohl in der PPP als auch in Megawatis eigener PDI-J gibt es Spaltungstendenzen.<sup>48</sup>

Indessen kann das Militär mit der Politik der Präsidentin zufrieden sein. Sollte es 2004, wie geplant, zu allgemeinen und direkten Präsidentschaftswahlen kommen, ist eine weitere Stabilisierung zu erwarten, wengleich dies vermutlich einmal mehr auf Kosten des Demokratisierungsprozesses erfolgen wird. Letzterer wird zwar durch eine allmählich erstarkende Zivilgesellschaft in den großen Städten begünstigt, aber die einheimischen Mittelschichten bleiben im Vergleich zu anderen Ländern der Region unterentwickelt. Angesichts solcher Verhältnisse können die Sicherheitskräfte auch künftig ethnisch-religiöse und separatistische Unruhen zu ihren Gunsten manipulieren. Der Westen könnte sich in nicht allzu ferner Zukunft damit konfrontiert sehen, zwischen territorialer Integrität und anhaltender Demokratisierung wählen zu müssen.

41 Vgl. FEER, 1.11.2001, S. 15.

42 Ebd., 19.7.2001, S. 10.

43 Vgl. The South China Morning Post, 16.1.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 23.1.2002. In diesem Zusammenhang wurden im April 2002 drei in Papua stationierte Offiziere verhaftet.

44 Ebd., 23.1.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 23.1.2002.

45 So Syamsuddin Haris vom National Institute of Sciences laut Jakarta Post, 4.12.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 3.12.2001.

46 Australien hat Indonesien bisher ergebnislos zum Abschluß eines Abkommens zur Verhinderung von »Menschenschmuggel« gedrängt.

47 Vgl. The New York Times, 6.2.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 6.2.2002.

48 Im Januar 2002 spaltete sich eine neue islamische Partei von der PPP ab. Wichtige Funktionäre der PDI-J drohten 2002 angesichts »undemokratischer Praktiken« der Parteiführung mit dem Austritt. Vgl. The Straits Times (Singapur), 14.2.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 14.2.2002.

## Osttimor

Einwohner: 800 000 (davon 200 000 in Indonesien)  
 Ethnische Zusammensetzung: 98% Timoresen,  
 2% Chinesen  
 BIP: keine Angaben  
 Verteidigungsbudget: keine Angaben  
 Truppenstärke: 1500  
 Präsident: Alexandre Gusmao (seit 2002)  
 Regierungschef: Mari Alkatiri (seit 2002)

Osttimor wurde am 20. Mai 2002 von den Vereinten Nationen in die Unabhängigkeit entlassen. Ein stark reduziertes militärisches Kontingent der VN-Treuhandverwaltung (United Nations Transitional Administration in East Timor, UNTAET) verblieb an der Grenze zu Westtimor und in der dortigen Enklave Oecussi.

Die neue Nation gehört zu den zwanzig ärmsten Staaten der Welt. Es fehlt an qualifizierten Fachkräften, mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Analphabeten. 85 Prozent des Osttimoresen leben von der Landwirtschaft, aber das Hinterland ist infrastrukturell kaum erschlossen, und die Abwanderung in die Städte hält an. Dort liegt die Arbeitslosenrate mittlerweile bei 90 Prozent. Zu den sichtbarsten Begleiterscheinungen zählt ein dramatischer Anstieg der gewaltsamen Kriminalität.

Bei den Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung am 30. August 2001 hatte die Revolutionäre Front für ein Unabhängiges Osttimor (Frente Revolucionário do Timor Leste Independente, Fretilin) zwar 55 von 88 Sitzen errungen, aber die erwartete Zweidrittelmehrheit verfehlt. Dennoch wurde Fretilin-Präsident Alexandre (»Xanana«) Gusmao im April 2002 mit überwältigender Mehrheit zum ersten Präsidenten des neuen Staates gewählt.

Das Flüchtlingsproblem in Westtimor bleibt ungeklärt, nachdem viele der noch etwa 50 000 Flüchtlinge eine diesbezügliche Befragung im Juni 2001 angesichts unklarer Alternativen boykottiert hatten.<sup>49</sup> Jakarta bemühte sich weiter um eine Entwaffnung der in Westtimor konzentrierten pro-indonesischen Milizen, lehnte aber eine Auslieferung eigener Staatsbürger an die UNTAET ab. In Osttimor wurde im

<sup>49</sup> Vgl. FEER, 14.6.2001, S. 17. Während sich viele Flüchtlinge um ihre wirtschaftliche Zukunft nach einer Rückkehr sorgen, befürchten einige offenbar, als ehemals pro-indonesische Aktivisten belangt zu werden.

Januar 2001 eine »Wahrheits- und Versöhnungskommission« nach südafrikanischem Vorbild geschaffen. In Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen wurden die Beschuldigten gerichtlich belangt.

Im Juli 2001 verständigten sich Canberra und Dili auf die Aufteilung der Offshore-Ölvorkommen im sogenannten Timor Gap.<sup>50</sup> Osttimor wird ab 2005 über 90 Prozent dieser Vorkommen und damit über erhebliche zusätzliche Einnahmen verfügen. Bis es soweit ist, bleibt die Volkswirtschaft – abgesehen von auswärtigen Hilfen<sup>51</sup> – vornehmlich vom Kaffee-Export und damit von den stark fluktuierenden Weltmarktpreisen für Kaffee abhängig.

Im September 2001 kam es in Jakarta zu einem ersten Treffen zwischen der indonesischen Präsidentin Megawati, Gusmao und dem Leiter der UNTAET, de Mello, das als »überaus herzlich« beschrieben wurde.<sup>52</sup> Der Fretilin-Führer hatte zuvor eine Amnestie für ehemalige Angehörige pro-indonesischer Milizen befürwortet und seine Bereitschaft signalisiert, auf Reparationen zu verzichten.<sup>53</sup> Innerhalb der Fretilin bleibt dieses Entgegenkommen allerdings umstritten. Im April 2002 besuchte Gusmao Jakarta erneut, im Mai wohnte Megawati den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Dili bei.<sup>54</sup>

An einem ASEAN-Ministertreffen im Juli 2002 in Brunei nahm Osttimor als »Gast des Vorsitzenden« teil. Eine Einladung als Beobachter hatte Birma wegen anhaltender osttimoresischer Kritik am Militärregime in Rangoon verhindert.<sup>55</sup> Dili scheint einem ASEAN-Beitritt allerdings aufgrund dringlicher interner Probleme und des fragilen Zustands der Gemeinschaft (s.u.) bisher keine Priorität beizumessen.

Die Stabilität Osttimors hängt in den kommenden Jahren von der Lage am Arbeitsmarkt, vor allem aber

<sup>50</sup> Die Festlegung einer Seegrenze ging damit allerdings bisher nicht einher.

<sup>51</sup> Im Mai 2002 sagten internationale Geber für die nächsten drei Jahre insgesamt 440 Millionen US-Dollar zu. Vgl. FEER, 30.5.2002, S. 20.

<sup>52</sup> Vgl. BBC, 12.9.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 12.9.2001.

<sup>53</sup> Vgl. The Boston Globe, 28.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 29.8.2001.

<sup>54</sup> Dabei kam es vorübergehend zu Spannungen, als Osttimor und die UNTAET ein indonesisches Kriegsschiff zum Verlassen der Hoheitsgewässer aufforderten, das absprachewidrig vor Dili geankert hatte. Fünf weitere indonesische Kriegsschiffe hatten in nahegelegenen internationalen Gewässern Position bezogen. Vgl. The Age (Melbourne), 18.5.2002, zitiert in: Asia-Pacific Naval Brief (boutillier@ampsc.com), 17.5.2002.

<sup>55</sup> Vgl. FEER, 18.4.2002, S. 8.

von der Qualität der Beziehungen zu Indonesien ab. Hier wurden zwar vielversprechende Anfänge gemacht, doch die (bisher nicht demarkierte)<sup>56</sup> Grenze zu Westtimor bleibt unsicher, und im Konfliktfall könnten weder die Enklave Oecussi noch die Offshore-Ölfelder ohne auswärtige Hilfe verteidigt werden.<sup>57</sup>

## Brunei

Einwohner: 334 000  
 Ethnische Zusammensetzung: Malaien 67%,  
 Chinesen 15%, nicht-malaiische  
 Ureinwohner 6%, andere 12%  
 BIP 2001: 6,1 Mrd. US-Dollar  
 Wachstum 2000–2001: 2,5%  
 BIP pro Kopf 2001: 18 263 US-Dollar  
 Verteidigungsbudget 2001: 348 Mio. US-Dollar  
 Truppenstärke: 5900 (Heer: 3900, Marine: 900,  
 Luftwaffe: 1100)  
 Staats- und Regierungschef: Sultan Hassanal Bolkiah  
 (seit 1967)

Das reiche Brunei ist gegen islamisch-terroristische Herausforderungen nicht viel besser gefeit als das arme Indonesien. Bei rückläufigen Einnahmen aus dem Ölgeschäft gerät der Staatshaushalt zunehmend unter Druck. Die Arbeitslosigkeit hat die Rekordmarke von 5 Prozent erreicht. Gleichzeitig sieht sich die absolute Monarchie des Sultans Hassanal Bolkiah dem Verdacht ausgesetzt, an illegalen Milliardentransfers im Zusammenhang mit dem Konkurs des Mischkonzerns Amedeo 1998 beteiligt gewesen zu sein. Amedeo war das Herzstück des Geschäftsimperiums von Prinz Jefri Bolkiah, dem Bruder des Sultans und damaligen Finanzminister. Kurz nach der Verstaatlichung seiner Unternehmensgruppe und seiner Entfernung aus allen öffentlichen Ämtern berichtete Jefri in einem Interview von Konflikten innerhalb des Herr-

scherhauses. Dabei habe er selbst eine moderne, pro-westliche Haltung eingenommen, sei aber von einer konservativ-islamisierenden Fraktion bekämpft worden, in deren Zentrum sein anderer Bruder, Außenminister Mohamad Bolkiah, vermutet wird.<sup>58</sup>

In der Tat hat der Sultan dem Land seit einigen Jahren eine Islamisierungskur verordnet, der zunehmend auch die letzten Nischen freier Meinungsäußerung zum Opfer fallen. In diesem Zusammenhang soll der Einfluß iranischer und libyscher Berater gewachsen sein.<sup>59</sup> Der 11. September zog zusätzliche Restriktionen nach sich. So trat im Oktober 2001 ein Pressegesetz in Kraft, mit dem Journalisten und Verleger für kritische Meinungen belangt werden können. Gleichzeitig hat Bruneis Ruf als Investitionsstandort gelitten, und die Gläubiger drängen auf eine Begleichung der Schulden von Amedeo. Sollte Jefri in einigen der anhängigen Prozesse zur Aussage gezwungen werden, könnte seine beste Verteidigung darin bestehen, die mutmaßliche Verstrickung des Sultans offenzulegen. Die Regierung hat den Gläubigern folglich eine außergerichtliche Regelung angeboten.

Bruneis äußere Sicherheit wird sowohl von der instabilen Lage in Indonesien als auch von den anhaltenden Unruhen in den südlichen Philippinen und damit einhergehenden Bewegungen von Personen, Waffen und Geldern zwischen dem philippinischen Mindanao und dem ostmalaysischen Sabah beeinträchtigt. Als Malaysia Anfang 2002 damit begann, rund 30 000 illegal in Sabah ansässige Ausländer des Landes zu verweisen, verstärkte das Sultanat die eigenen Grenztruppen, um ein Ausweichen der Emigranten nach Brunei zu verhindern.

<sup>56</sup> Die indonesische Regierung und die UNTAET vereinbarten im Februar 2002 Kontakte mit dem Ziel, eine Demarkationslinie für die Grenze zwischen Ost- und Westtimor festzulegen. Sie verständigten sich auf Regelungen für den Grenzübergang und den Transitverkehr zwischen der Enklave Oecussi und Osttimor. Vgl. BBC, 25.2.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 25.2.2002.

<sup>57</sup> Im Mai 2002 verlangte der designierte Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte, Sutarto, die Verlegung des Streitkräftekommandos Ost von Bali nach Westtimor. Vgl. The Straits Times, 28.5.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 28.2.2002.

<sup>58</sup> Vgl. FEER, 8.11.2001, S. 12.

<sup>59</sup> Vgl. Rüdiger Machetzki, Brunei: Nach dem Ende des Optimismus, in: Südostasien aktuell, 20 (September 2001) 5, S. 474–478 (475).



## Philippinen

Einwohner: 77,3 Millionen  
 Ethnische Zusammensetzung: Filipinos 40%, Indonesier/  
 Polynesier 30%, Negritos/Altamalien 10%,  
 andere 20%  
 BIP 2000: 82,4 Mrd. US-Dollar  
 BIP pro Kopf 2000: 1066 US-Dollar  
 Wachstum 1999–2000: 4,0%  
 Verteidigungsbudget 2001: 1,1 Mrd. US-Dollar  
 Truppenstärke: 107 000 (Heer: 67 000, Marine: 24 000,  
 Luftwaffe: 16 000)  
 Präsidentin: Gloria Macapagal-Arroyo (seit 2001)

Trotz eines relativ zufriedenstellenden BIP-Wachstums von 3,4 Prozent 2001 ist ein Jahr nach dem Machtwechsel in den Philippinen nicht erkennbar, wie Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo ihr erklärtes Ziel, die Bekämpfung der Armut, erreichen will. Die Nachfrage nach Produkten der Elektro- und Elektronikindustrie in den USA und Japan war stark rückläufig, der Peso geriet unter Druck, und die Zentralbank scheute mit Blick auf die Außenverschuldung davor zurück, die Zinsen zu senken. Die Mehrheit der Filipinos arbeitet in der Landwirtschaft, die unter Dürreperioden und ungerechter Landverteilung leidet. Ende 2001 kursierten Gerüchte über einen bevorstehenden Militärputsch. Im Mai 2002 kam es unter den städtischen Armen zu Massendemonstrationen von Anhängern des abgesetzten Präsidenten Josef Estrada.

Arroyos People's Power Coalition hatte bei den Parlamentswahlen im Mai 2001 nur knapp die Mehrheit in Repräsentantenhaus und Senat errungen. Die Wahlen waren mit zahlreichen Ausschreitungen einhergegangen und hatten 100 Todesopfer gefordert. Ihren Vorgänger Joseph Estrada, der von Vertretern der katholischen Kirche und des Kapitals aus dem Amt gejagt worden war, besuchte die Präsidentin wenig später im Gefängnis und ordnete Hafterleichterungen an. Estrada könnte auch im Falle einer Verurteilung wegen Vorteilsnahme und anderer Delikte die Todesstrafe erspart bleiben, sollte ein im Senat debattierter Gesetzentwurf über ihre rückwirkende Aufhebung Erfolg haben.

Im Juni 2002 übernahm die Opposition die Macht im Senat, nachdem ein Vertreter des Regierungslagers übergelaufen war. Die übrigen Senatoren der People's Power Coalition verließen daraufhin das Oberhaus, und auch das Repräsentantenhaus stellte seine Beratungen ein. Es kam zu Einbrüchen an den Finanz-

märkten. Solange diese Situation andauert, können wichtige wirtschaftliche Reformgesetze nicht abschließend behandelt werden. Angesichts solch unübersichtlicher Verhältnisse ist der Ausgang der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 nicht absehbar.

Verhandlungen zwischen der Regierung und der Moro Islamic Liberation Front (MILF)<sup>60</sup> im malaysischen Kuala Lumpur führten im Mai 2002 zur Unterzeichnung eines Abkommens über den Wiederaufbau in den südphilippinischen Gebieten, die von dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg betroffen waren. Ein im August 2001 vereinbarter Waffenstillstand wurde während der Verhandlungen weitgehend eingehalten. Präsidentin Arroyo lag erkennbar daran, angebliche Beziehungen zwischen der MILF und dem internationalen Terrorismus herunterzuspielen.<sup>61</sup>

Gleichzeitig nahm eine Fraktion der Moro National Liberation Front (MNLF) unter Nur Misuari im November 2001 ihren bewaffneten Kampf wieder auf. Misuari hatte 1996 mit der Regierung Frieden geschlossen und anschließend einer islamischen Autonomen Region aus vier Provinzen auf Mindanao vorgestanden. Mit dem Aufstand wollte er dort anscheinend Wahlen verhindern, die angesichts verbreiteter Enttäuschung an der Basis zu seiner Ablösung geführt hätten. Er wurde im November in Ost-Malaysia verhaftet und im Januar 2002 an Manila ausgeliefert. Noch im Juni kam es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen MNLF-Guerillas und den Streitkräften.

Bemühungen um eine gewaltsame Befreiung von drei Geiseln, darunter zwei Amerikanern, aus der Hand einer weiteren Gruppierung, der Abu Sayyaf,<sup>62</sup> blieben zunächst erfolglos.<sup>63</sup> Zur Zerschlagung der Gruppe hat die Heeresführung eine Verdoppelung der derzeitigen Mannstärke gefordert.<sup>64</sup> Im Oktober 2001 trafen ersatzweise 250 amerikanische Militärberater in den südlichen Philippinen ein, um die dortigen Sicherheitskräfte in ihrem Kampf gegen die Abu

<sup>60</sup> Die MILF ist mit ca. 15 000 Partisanen die wichtigste separatistische Bewegung in den südlichen Philippinen. Sie strebt die Errichtung eines islamischen Staates in Mindanao an.

<sup>61</sup> Vgl. FEER, 14.2.2002, S. 16–18.

<sup>62</sup> Abu Sayyaf verfolgt angeblich das gleiche Ziel wie die MILF, hat sich aber vornehmlich durch Entführungen einen Namen gemacht. Die Gruppe, die seit 1995 mit ein paar Hundert Partisanen auf den südlichen Inseln Sulu und Basilan operiert, unterhält Kontakte zum internationalen Terrorismus.

<sup>63</sup> Eine der amerikanischen Geiseln starb bei einem Befreiungsversuch im Juni 2002, die zweite kam frei.

<sup>64</sup> Vgl. Défense aerospace (Paris), 3.10.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 22.11.2001.

Sayyaf auszurüsten und auszubilden. Anfang 2002 wurde dieses Kontingent trotz verfassungsrechtlicher Bedenken in Manila auf 650 GIs aufgestockt und zur nichtkombattanten Unterstützung des Kampfes gegen die Guerilla autorisiert. Die Philippinen erhielten darüber hinaus eine Zusage über die Lieferung von Rüstungsgütern im Wert von fast 100 Millionen US-Dollar. Im April 2002 veranstalteten beide Seiten ein gemeinsames Großmanöver aller Teilstreitkräfte im nördlichen Luzon. Im Juni bat Washington um Erlaubnis, seinen Flugzeugträger »Kitty Hawk« aus Japan in die Sulu-See zwischen den Philippinen und Ostmalaysia zu verlegen.

Ende 2001 machte sich auch der kommunistische Untergrund wieder bemerkbar. Anscheinend als Reaktion auf das Eintreffen der amerikanischen Militärberater führte die New People's Army (NPA) wiederholt Überraschungsangriffe auf Militär- und Polizeiposten durch. Verhandlungen zwischen der Regierung und der kommunistischen Einheitsfrontorganisation treten seither auf der Stelle.

## Birma

*Einwohner:* 53 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* Burmesen 68%, Shan 9%, Karen 7%, Rakhin 4%, Chinesen 3%, andere (u.a. Chin, Kachin, Wa, Mon) 9%  
*BIP 2000:* 27 Mrd. US-Dollar  
*BIP pro Kopf 2000:* 510 US-Dollar  
*Wachstum 1999–2000:* 5,5%  
*Verteidigungsbudget 2000:* 1,7 Mrd. US-Dollar (Schätzwert)  
*Truppenstärke:* 444 000 (Heer: 325 000, Marine: 10 000, Luftwaffe: 9000, Polizei: 65 000, »Volksmiliz«: 35 000)  
*Staats- und Regierungschef:* Than Shwe (seit 1992)

Mehr als ein Jahrzehnt standen sich die seit 1988 regierende Militärjunta und die von Aung San Suu Kyi geführte Nationale Liga für Demokratie (NLD) in unversöhnlicher Konfrontation gegenüber. Im Oktober 2000 wurden endlich unter Vermittlung des malaysischen VN-Sonderbeauftragten Razali Ismail direkte Gespräche zwischen der Regierung und Aung San Suu Kyi aufgenommen, über deren Inhalt man striktes Stillschweigen vereinbarte.<sup>65</sup> In den bislang

<sup>65</sup> Bemerkenswerterweise haben sich beide Seiten bislang an

mehr als 60 Gesprächsrunden konnte noch kein wirklicher Durchbruch erzielt werden. Zwar wurden seit Aufnahme des Dialoges zahlreiche politische Gefangene auf freien Fuß gesetzt, die NLD erhielt die Erlaubnis, in den größeren Städten Parteibüros zu eröffnen, und der Hausarrest von Aung San Suu Kyi wurde im Mai 2002 aufgehoben, aber beide Seiten betonten, daß man bei den Gesprächen noch nicht über das Stadium »vertrauensbildender Maßnahmen« hinausgekommen sei und daß die »bedeutsamere Phase« des Dialogs noch bevorstehe.<sup>66</sup> Dabei geht es um die künftige Machtverteilung zwischen Regierung und Opposition, die Einbindung der verschiedenen Ethnien in die Gespräche und in ein künftiges politisches System – Themen, die bisher allenfalls am Rande angesprochen wurden. Die Festsetzung eines Termins für Neuwahlen und die konkrete Ausarbeitung einer neuen Verfassung waren offenbar noch gar nicht Gegenstand dieser Gespräche.

Selbst wenn es in den kommenden Gesprächsrunden gelingen sollte, eine Einigung über die Grundsätze des Verhältnisses zwischen zentraler und regionaler Regierungsgewalt, militärischer und ziviler Macht und nicht zuletzt Exekutive und Legislative herbeizuführen und eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, bliebe noch die Frage der Umsetzung. Innerhalb der Militärregierung ist die Politik des Dialogs keineswegs unumstritten.<sup>67</sup> Sollte es dabei zu einer Machtaufteilung kommen, die große Teile des Militärs für inakzeptabel halten, stünden diesen genügend Mittel zur Verfügung, um die getroffenen Vereinbarungen wieder zu Fall zu bringen. Nicht nur aufgrund ihrer Bewaffnung und Organisation, sondern auch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Ressourcen üben die Streitkräfte eine Vormachtrolle aus, der andere gesellschaftliche Gruppen kaum etwas entgegensetzen können.

Die Opposition hatte in den vergangenen Jahren keine Gelegenheit, eine landesweite Organisation aufzubauen und Mitglieder systematisch zu schulen. Ihre Stärke beruht daher vor allem auf der Unterstützung durch das Ausland. Zudem hat der Druck, den die Junta auf die Opposition ausübte, wesentlich zu deren Zusammenhalt und zur unangefochtenen Führungsrolle Aung San Suu Kyis beigetragen. Mit einem Nach-

diese Vereinbarung gehalten.

<sup>66</sup> Vgl. Asian Wall Street Journal, 16.5.2002, S. A3.

<sup>67</sup> Zu den jüngsten »Reorganisationen« und Differenzen innerhalb der militärischen Führung vgl. John Haseman, Myanmar Leaders Reorganise Military, Intelligence Structures, in: Jane's Intelligence Review, 14 (März 2002) 3, S. 40–41.

lassen dieses Drucks, größeren Entfaltungsmöglichkeiten für die Opposition und dem Zwang, politische Entscheidungen zu formulieren und zu fällen, werden auch in diesem Lager bestehende latente Spannungen virulent werden.

Den meisten Konfliktstoff dürfte die Frage des Zusammenlebens der verschiedenen Ethnien bergen. Die Militärs haben mit den meisten bewaffneten Gruppierungen, die ihren Kampf gegen Rangoon mit Autonomieforderungen begründet hatten, Waffenstillstandsvereinbarungen geschlossen. Diese sichern den betreffenden Führungen die Beibehaltung ihrer militärischen Verbände sowie »wirtschaftliche Selbständigkeit« zu, wobei letzteres vor allem als das Recht verstanden wird, Drogenproduktion und -handel weiterhin in eigener Regie zu betreiben. Die Nationalitätenpolitik eines von der Opposition angestrebten demokratischen Rechtsstaates kann schwerlich auf einem solchen Arrangement beruhen.

In der Wirtschaftspolitik wäre ebenfalls ein drastischer Kurswechsel erforderlich. Die gegenwärtige Regierung verweist gerne darauf, daß das Land im regionalen Vergleich angesichts verringerter Armut und wirtschaftlichen Wachstums nicht allzu schlecht dasteht.<sup>68</sup> Aufgrund guter Witterungsbedingungen war es auch 2001 trotz andauernden Mangels an Treibstoff und Kunstdünger gelungen, die landwirtschaftliche Produktion beträchtlich zu steigern.<sup>69</sup> Da ein großer Teil der Bevölkerung noch in subsistenzwirtschaftlichen Verhältnissen lebt, dürfte dies zu einer spürbaren Verbesserung der Versorgungslage beitragen. Ebenso konnte das Handelsdefizit durch eine 66prozentige Steigerung der Exporte deutlich verringert werden.<sup>70</sup>

Diese positiven Indikatoren ändern allerdings nichts daran, daß das Land »den Anschluß an die veränderten Wirtschaftsbedingungen in Asien verpaßt hat.«<sup>71</sup> Während in anderen Staaten Südostasiens der

Anteil der Land- und Forstwirtschaft am BIP auf 30 Prozent und weniger gesunken ist, beträgt er in Birma immer noch 60 Prozent.<sup>72</sup> Die industrielle Produktion macht hingegen nur 7 Prozent des BIP aus, das heißt, Wirtschafts- und Exportwachstum werden zu einem Großteil durch Raubbau an natürlichen Ressourcen wie Tropenholz und Bodenschätze finanziert. Für die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte zu höherwertigen Exportgütern und die Beschleunigung der industriellen Entwicklung wären internationale Kredite, Entwicklungsprogramme und Handelserleichterungen erforderlich. Da westliche und westlich orientierte Staaten solche Hilfen seit 1990 verweigern, macht Rangoon diese Länder vorrangig für die Unterentwicklung Birmas verantwortlich.

Westliche Kritiker messen hingegen den hausgemachten Defiziten der Wirtschaftspolitik einen sehr viel höheren Stellenwert zu. So wurde der Anstieg der Inflationsrate auf über 50 Prozent im Jahr 2001 mit einer erratischen Funktionsweise des öffentlichen Finanz- und Bankensystems erklärt.<sup>73</sup> Während Militärausgaben mehr als 40 Prozent des Staatshaushalts aufzehren, werde in Infrastrukturprojekte wie die Energieversorgung viel zu wenig investiert; deshalb seien selbst in der Hauptstadt Stromsperrern an der Tagesordnung. Die Regierung rede zwar viel von der Förderung der Privatwirtschaft, aber in- und ausländische Unternehmer seien nach wie vor der Willkür der Behörden ausgesetzt.<sup>74</sup> Ausländische Direktinvestitionen seien deshalb 2001 um 30 Prozent zurückgegangen, und der Druck ausländischer Unternehmen auf ihre Regierungen, die Sanktionen aufzuheben, lasse eher nach.<sup>75</sup>

Eine uneingeschränkte Fortschreibung der Sanktionen könnte jedoch ähnlich kontraproduktive Effekte haben wie deren vorschnelle und weitgehende Aufhebung. Konstruktiver wäre wohl die Ausarbeitung einer klaren »road map«,<sup>76</sup> in der die westlich orientierten Staaten im einzelnen festlegen, welche politischen Veränderungen als besonders wichtig

auf die Generäle steigt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2001, S. 16.

<sup>72</sup> Zu Beginn der Militärherrschaft 1988 betrug dieser Anteil nur 57%. Ebd.

<sup>73</sup> Vgl. *The Economist*, 30.3.2002, S. 54.

<sup>74</sup> Vgl. FEER, 9.5.2002, S. 10.

<sup>75</sup> Vgl. *Than*, Burma/Myanmar in 2001, S. 122.

<sup>76</sup> Eine solche »road map« hatten die USA 1991 für die Normalisierung ihres Verhältnisses zur SR Vietnam vorgelegt. Vgl. Gerhard Will, *Die Vietnam-Politik der Clinton-Administration*, Köln 1999 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 23/1999), S. 10.

<sup>68</sup> Nach Daten der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank leben in Birma etwa 23% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, das Land weist damit eine niedrigere Armutsquote auf als Kambodscha, Laos, die Mongolei oder Vietnam, obgleich diese Staaten über höhere Pro-Kopf-Einkommen verfügen. Vgl. *Südostasien aktuell*, 21 (März 2002) 2, S. 141f. Auf dem Human Development Index des United Nations Development Program (UNDP) belegt Birma den 118. von insgesamt 162 Plätzen. Ebd., 20 (Juli 2001) 4, S. 362.

<sup>69</sup> Vgl. Tin Maung Maung *Than*, *Burma/Myanmar in 2001. A Year of Waiting*, in: *Asian Survey*, 42 (Januar/Februar 2002) 1, S. 115–123 (122).

<sup>70</sup> Ebd.

<sup>71</sup> Christoph Hein, *Der wirtschaftliche und politische Druck*

erachtet und mit welchen Vergünstigungen entsprechende Maßnahmen honoriert werden. Es bleibt abzuwarten, ob sich die birmanischen Parteien auf eine solche Strategie des gegenseitigen Gebens und Nehmens einlassen. Der bisherige Verlauf der Gespräche zwischen Regierung und Opposition erlaubt diesbezüglich noch keinen allzu großen Optimismus. Beobachter haben zu Recht darauf hingewiesen, »daß es für einen Erfolg der im Oktober 2000 begonnenen Gespräche [...] keinen Präzedenzfall in der Geschichte des Landes gibt.«<sup>77</sup>

## Kambodscha

Einwohner: 11,45 Millionen  
 Ethnische Zusammensetzung: Khmer 90%,  
 Vietnamesen 5%, Chinesen 1%, andere 4%  
 BIP 2000: 3,2 Mrd. US-Dollar  
 BIP pro Kopf 2000: 280 US-Dollar  
 Wachstum 1999–2000: 4,0%  
 Verteidigungsbudget 2000: 120 Mio. US-Dollar  
 Truppenstärke: 140 000 (Schätzwert; Heer: 90 000,  
 Marine: 3000, Luftwaffe: 2000, Provinztruppen:  
 45 000)  
 Staatsoberhaupt: König Norodom Sihanouk (seit 1993)  
 Regierungschef: Hun Sen (seit 1998)

Das wichtigste politische Ereignis des Jahres 2002 waren zweifellos die am 3. Februar abgehaltenen Kommunalwahlen. Die regierende kambodschanische Volkspartei (KVP) sah sich seit dem Sommer 2001 den schwerwiegenden Vorwürfen ausgesetzt, sie mißbrauche ihre Regierungsgewalt, um die Opposition mundtot zu machen, und schrecke dabei auch nicht vor politischen Morden zurück. Dennoch kam es im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen zu keiner Eskalation der politischen Gewalt. Auch die Wahlen selbst verliefen ohne größere Zwischenfälle. Mit 61 Prozent aller abgegebenen Stimmen (gegenüber 41 Prozent bei den Parlamentswahlen 1998) ging die KVP als klarer Sieger hervor, während sich ihr Koalitionspartner auf nationaler Ebene, die von Prinz Norodom Ranariddh geführte Front Uni pour un Cambodge Indépendant, Neutre et Coopératif (FUNCINPEC), mit 22 Prozent

<sup>77</sup> Hans-Bernd Zöllner, Dialog in vermintem Gelände. Die Gespräche zwischen der Militärjunta und der Opposition in Myanmar, in: Internationales Asienforum, 32 (2001) 3–4, S. 291–318 (299).

(gegenüber 32 bei den Parlamentswahlen 1998) begnügen mußte. Die einzige im Parlament vertretene Oppositionspartei, die »Partei Sam Rainsys«, konnte dagegen ihren Stimmenanteil gegenüber 1998 von 14 auf 17 Prozent erhöhen.<sup>78</sup> Noch deutlicher fällt der Wahlsieg der KVP aus, wenn man die Mehrheitsverhältnisse in den einzelnen Gemeinden betrachtet. In 1600 von 1621 Kommunen hat sie heute die Mehrheit im Gemeinderat inne und kann daher den Vorsitzenden stellen.

Der FUNCINPEC, die sich allzu lange allein auf ihr Image als »Partei des Königs« verlassen hatte, machte die Niederlage bewußt, daß dieser Bonus nicht länger ausschlaggebend ist. Dies um so mehr, als der mittlerweile achtzigjährige König Sihanouk mit erheblichen gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hat und die Frage seiner Nachfolge heiß umstritten ist.<sup>79</sup> Die Partei wird daher nicht umhinkommen, ihre Organisationen in den Dörfern auszubauen und ihre Politik stärker auf die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung auszurichten. Der »Partei Sam Rainsys« ist dies in Ansätzen bereits gelungen, aber nach wie vor hat sie bei der städtischen Bevölkerung einen sehr viel stärkeren Rückhalt als auf dem Lande. Gemessen an den schweren innenpolitischen Krisen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, die Kambodscha auch nach dem Ende der Schreckensherrschaft der Roten Khmer durchleiden mußte, haben die Konflikte zwischen den politischen Parteien an Schärfe und Unversöhnlichkeit verloren. Ob daraus längerfristig eine wirkliche politische Stabilität erwachsen kann, wird nicht zuletzt von einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum abhängen.<sup>80</sup>

Auf diesem Gebiet sind allerdings noch beträchtliche Defizite zu verzeichnen. Mit einem nominalen Wirtschaftswachstum von wenig mehr als 4 Prozent blieb Kambodscha weit unter jenen 7 bis 8 Prozent, die notwendig wären, um die jährlich um 2,5 Prozent wachsende Bevölkerung mit Arbeitsplätzen und Einkommen zu versorgen. Die starken Zuwächse in der Textilindustrie und im Tourismus, die in den vorausgegangenen Jahren zu verzeichnen waren, erlitten 2001/02 erhebliche Einbrüche, nachdem Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) und die Unterzeichnung des ame-

<sup>78</sup> Vgl. Asian Wall Street Journal, 8.–10.2.2002, S. 4.

<sup>79</sup> Vgl. Südostasien aktuell, 20 (November 2001) 6, S. 560f, und FEER, 7.3.2002, S. 17.

<sup>80</sup> Vgl. Joseph Zasloff, Emerging Stability in Cambodia, in: Asian Affairs (Washington), 28 (Winter 2002) 4, S. 187–200.

rikanisch-vietnamesischen Handelsabkommens Exporte aus diesen Staaten spürbar verbilligt hatten.<sup>81</sup>

Entscheidender als diese externen Faktoren sind jedoch interne Wachstumshindernisse. Die Kompetenzverteilung zwischen lokalen, regionalen und zentralen Verwaltungsorganen ist völlig unklar. Es fehlt an einer unabhängigen Rechtsprechung, so daß Korruption und Amtsmißbrauch kaum Grenzen gesetzt sind. Die Zuteilung von Ackerflächen und Fischgründen ist größtenteils in das Ermessen der lokalen Machthaber gestellt, die diese Eigentumsrechte häufig willkürlich zuteilen oder entziehen.<sup>82</sup> Ausländische Unternehmen reagierten auf diese Verhältnisse mit einer weiteren Verringerung ihrer Investitionen, die seit 1996 ohnehin kontinuierlich gesunken sind. Investitionsbedingungen, die legale Investoren abschrecken, ziehen andererseits illegale bzw. kriminelle Geschäfte an. Wie das Internationale Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen in einem Bericht feststellte, hat sich Kambodscha zu einem Zentrum internationaler krimineller Organisationen entwickelt, die unter anderem im Drogengeschäft, im illegalen Handel mit menschlichen Organen und in der Geldwäsche tätig sind.<sup>83</sup>

Die internationale Gebergemeinschaft, die seit Jahren fast die Hälfte des kambodschanischen Staatshaushalts bzw. mehr als 16 Prozent des Bruttosozialprodukts finanziert, mahnte im Sommer 2001 erneut tiefgreifende Reformen der öffentlichen Verwaltung, einen entschiedeneren Kampf gegen die Korruption, eine Verkleinerung der Armee und nicht zuletzt ein internationales Tribunal an, vor das die ehemaligen Führer der Roten Khmer gestellt werden sollten. Keine dieser Forderungen wurde bislang erfüllt, obwohl die Nationalversammlung nach langen Verhandlungen ein Gesetz über die Errichtung eines mit ausländischen und kambodschanischen Richtern besetzten Gerichtshofs erließ. Aber bei der Umsetzung dieses Gesetzes brachte Phnom Penh so viele Einschränkungen und Einwände vor, daß VN-Generalsekretär Kofi Annan zu dem Schluß kam, das von der kambodschanischen Regierung angestrebte Tribunal werde nicht die »notwendige Unabhängigkeit, Objektivität und

Überparteilichkeit« gewährleisten können und deshalb keine Unterstützung seitens der Vereinten Nationen erfahren.<sup>84</sup> Daher dürfte ein Gerichtsverfahren, das diesen Namen verdient, wohl nicht zustande kommen.

Trotz heftiger Kritik aus den USA und der EU, die sich allerdings mehr gegen die Entscheidung des VN-Generalsekretärs als gegen die kambodschanische Regierung richtete, ist nicht davon auszugehen, daß sich Kambodschas außenpolitische Optionen deswegen deutlich verringern werden. Im Gegenteil, die Regierung in Phnom Penh kann sich derzeit über mangelndes Interesse der asiatischen Großmächte nicht beklagen. Vor allem die Volksrepublik China unterhält heute wieder jene intensiven Kontakte zu Kambodscha, die seit den fünfziger Jahren eine der wenigen Konstanten in der wechselvollen Geschichte der chinesischen Außenpolitik darstellten. Nahezu alle chinesischen Spitzenpolitiker haben Phnom Penh 2001/02 Besuche abgestattet. Peking gewährte 40 Millionen US-Dollar Hilfen und zinslose Darlehen mit einem Umfang von 200 Millionen US-Dollar, die vom Empfänger besonders geschätzt werden, da sie an keinerlei Auflagen oder Reformversprechen geknüpft sind.<sup>85</sup>

Das chinesische Engagement hat sowohl Japan als auch Indien auf den Plan gerufen. Auf dem Treffen der Geberländer in Tokyo sagte der japanische Premierminister Koizumi neue Hilfen zu, die Japan im Rahmen seiner neuen ASEAN-Strategie unter anderem Kambodscha gewähren wolle.<sup>86</sup> Indien hat sich bislang mit größeren Hilfsversprechen zurückgehalten. Premierminister Atal Behari Vajpayee betonte anlässlich eines Besuchs in Phnom Penh im April 2002 immerhin, daß er alles tun werde, um die jahrhundertealten Bindungen zwischen Indien und Kambodscha mit neuem Leben zu erfüllen.

Offensichtlich ist Ministerpräsident Hun Sen bemüht, an die außenpolitische Strategie Sihanouks aus den fünfziger und sechziger Jahren anzuknüpfen, die darauf abzielte, Kambodscha durch ein breites Spektrum diplomatischer Beziehungen einen möglichst großen internationalen Handlungsspielraum zu verschaffen – eine Strategie, die letztlich an der inneren Schwäche des Landes scheiterte.

<sup>81</sup> Vgl. Südostasien aktuell, 20 (November 2001) 6, S. 563, und FEER, 27.12.2001/3.1.2002, S. 104.

<sup>82</sup> Nach einer Studie des Cambodian Development Research Institute (CDRI) haben nur 1% der bäuerlichen Haushalte gesicherte Eigentumstitel auf ihr Ackerland. Vgl. Land Ownership, Sales, and Concentration in Cambodia, Phnom Penh, März 2001 (CDRI Policy Brief), S. 1.

<sup>83</sup> FEER, 7.2.2002, S. 25.

<sup>84</sup> Vgl. Asian Wall Street Journal, 11.-13.2.2002, S. 4.

<sup>85</sup> Vgl. The Economist, 23.6.2001, S. 65.

<sup>86</sup> Vgl. Südostasien aktuell, 20 (November 2001) 6, S. 570.

## Laos

Einwohner: 5,6 Millionen  
 Ethnische Zusammensetzung: Laoten 65%;  
 die restliche Bevölkerung setzt sich aus mehr als  
 60 unterschiedlich großen Ethnien zusammen  
 BIP 2000: 1,7 Mrd. US-Dollar  
 BIP pro Kopf 2000: 306 US-Dollar  
 Wachstum 1999–2000: 6%  
 Verteidigungsbudget 2000: 15,5 Mio. US-Dollar  
 Truppenstärke: 29 100 (Heer: 25 000, Marine: 600,  
 Luftwaffe: 3500)  
 Staatsoberhaupt: Khamtai Siphandon (seit 1998)  
 Regierungschef: Bounyang Vorachit (seit 2001)

Der 2000 einsetzende Erholungsprozeß, mit dem die laotische Wirtschaft die schwere Krise von 1997 bis 1999 hinter sich ließ, setzte sich auch im folgenden Jahr fort. Offiziellen Angaben zufolge wuchs die Wirtschaft um etwa 6 Prozent; die Inflationsrate sank unter 10 Prozent, und aufgrund erhöhter Steuereinnahmen verringerte sich das Haushaltsdefizit von 10 auf 8 Prozent.<sup>87</sup> Dennoch hat die laotische Wirtschaft noch nicht jene Stärke erreicht, durch die sie sich Anfang der neunziger Jahre ausgezeichnet hatte. So fiel das Volumen ausländischer Direktinvestitionen von 2,6 Milliarden US-Dollar im Jahre 1995 auf 20 Millionen US-Dollar im Jahre 2001. Das Wirtschaftswachstum ist daher in hohem Maße durch Überweisungem der im Ausland lebenden Laoten<sup>88</sup> und durch ausländische Hilfen bedingt.

Für weite Teile des Landes und große Kreise der Bevölkerung sind die erwähnten makroökonomischen Daten von geringer Relevanz, da sie aufgrund der mehr als mangelhaften Verkehrsverbindungen nach wie vor in subsistenzwirtschaftlichen Verhältnissen leben und nicht in den nationalen Wirtschaftskreislauf eingebunden sind.<sup>89</sup> Durch die noch vielfach

<sup>87</sup> Vgl. Yves Bourdet, Laos in 2001. Political Introversion and Economic Respite, in: Asian Survey, 42 (Januar/Februar 2002) 1, S. 107–114 (111).

<sup>88</sup> Laut einem Bericht der staatlichen Plankommission bestehen im Großraum Vientiane 28% der Haushaltseinkommen aus Auslandsüberweisungen. Nur 25% beruhen auf landwirtschaftlicher Tätigkeit, 22% auf Löhnen und 18% auf kommerziellen Aktivitäten. Vgl. Asia-Economic Update 2002, Bd. 1, Honolulu: United States Pacific Command, 2002, S. 84.

<sup>89</sup> Auf dem Human Development Index des UNDP belegt Laos den 140. Rang und damit den letzten Platz in ganz Ostasien. In Fernost rangieren nur noch Bhutan, Nepal und

betriebene Brandrodungswirtschaft fallen immer größere Flächen der Zerstörung anheim. Die Regierung hat diesem Raubbau an den natürlichen Ressourcen zwar den Kampf angesagt, war dabei aber bislang wenig erfolgreich; auch ökologische Entwicklungsprojekte ausländischer Geldgeber blieben Einzelfälle und fanden kaum Nachahmung.

Ebensowenig gelang es der Regierung, wirksam gegen den Drogenanbau und -handel vorzugehen, der im Norden des Landes weiter zugenommen hat.<sup>90</sup> Einzelne, propagandistisch herausgestellte Strafaktionen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Staatsmacht zwar im Mekong-Tal präsent ist, aber in großen Teilen des unwegsamen und bergigen Landes eine eher marginale Rolle spielt. Die dortigen Herrschaftsverhältnisse beruhen immer noch auf Stammesstrukturen der mehr als 60 verschiedenen Ethnien,<sup>91</sup> zumal es einzelne von ihnen sehr gut verstehen, als Händler oder Kleingewerbetreibende ökonomische Nischen zu besetzen. Ihr wirtschaftlicher Einfluß und das dadurch akkumulierte Vermögen in privater Hand haben auch in den dichter besiedelten Regionen zu einem Machtverlust des Partei- und Staatsapparates geführt, der ohnehin durch grassierende Korruption zunehmender Erosion ausgesetzt ist.

Auf diese schwerwiegenden Herausforderungen haben weder der 7. Parteitag der Volksrevolutionären Partei (VRP) im März 2001 noch die im Anschluß veröffentlichten Verlautbarungen zukunftsweisende Antworten erteilt. Die politische Führung versuchte, das gefährdete Herrschaftsmonopol mit einer stärkeren Vertretung der Streitkräfte im Politbüro zu verteidigen.<sup>92</sup> Ansonsten beschränkte sie sich auf die Fortschreibung überkommener Strategien und führte deren unübersehbares Scheitern allein auf mangelnde Implementierung zurück. Trotz der offenkundigen Führungsschwäche und der Existenz einzelner, miteinander verfeindeter Widerstandsorganisationen<sup>93</sup> gibt es in Laos heute keine politische oder gesellschaftliche Formation, die willens und in der Lage wäre, den Alleinherrschaftsanspruch der VRP offen herauszufordern. Vielmehr begnügen sich die regierungskriti-

Bangladesch (sowie vermutlich Osttimor) hinter Laos. Vgl. Südostasien aktuell, 20 (November 2001) 6, S. 572.

<sup>90</sup> Vgl. Laos International Narcotics Control Strategy Report 2001, Washington: Bureau for International Narcotics and Law Enforcement Affairs, 2002.

<sup>91</sup> Zur außerordentlichen ethnischen Vielfalt in Laos vgl. Südostasien aktuell, 20 (März 2001) 2, S. 166.

<sup>92</sup> Von den elf Sitzen im Politbüro gingen acht an Militärs.

<sup>93</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 6./7.4.2002, S. 6.

schen Gruppierungen weiterhin damit, den eigenen Handlungsspielraum zu festigen und auszubauen, der ihnen zum Teil erhebliche ökonomische Vorteile eingebracht hat.

Die zentrifugalen Tendenzen werden durch wachsende Einflußnahme der Nachbarstaaten noch verstärkt. Das gilt insbesondere für Vietnam, das seit 1997 wieder öffentlich von »Sonderbeziehungen« zu Laos spricht.<sup>94</sup> Zwischen Hanoi und Vientiane bestehen nicht nur intensive Kontakte auf Partei- und Regierungsebene, sondern auch zwischen einzelnen Provinzen und Institutionen. Vietnamesische Experten sind in Laos als Militärberater, Entwicklungsingenieure sowie als Mitarbeiter im Kultur- und Bildungswesen aktiv.<sup>95</sup> Der bilaterale Handel hat zwar bislang nur einen Umfang von etwa 350 Millionen US-Dollar, aber Vietnam bemüht sich, mit einem umfangreichen Straßenbauprogramm bessere Voraussetzungen für eine Intensivierung des Warenaustauschs zu schaffen.

Vietnams Politik hat auch die Volksrepublik China und Thailand zu einem stärkeren Engagement in Laos motiviert. Als unübersehbares Zeichen seiner Präsenz finanzierte Peking den Bau eines Kulturpalastes in Vientiane und nahm ein Straßenbauprogramm im Nordwesten des Landes wieder auf. Nach dem Besuch des chinesischen Verteidigungsministers im Februar 2002 wurde auch die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten ausgeweitet. Als wesentlich komplizierter erweisen sich weiterhin die Beziehungen zu Thailand, dessen Produkte die laotischen Märkte überschwemmen. Versuche der laotischen Regierung, das Handelsdefizit gegenüber dem Nachbarn abzubauen, sind bislang erfolglos geblieben, so daß Importen aus Thailand mit einem Volumen von 540 Millionen US-Dollar nur 323 Millionen US-Dollar an Exporten gegenüberstehen.<sup>96</sup> Die Demarkierung der gemeinsamen Grenze, um die lange Zeit erbittert gerungen worden war, konnte jedoch inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurde eine verbesserte Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Kontrolle der Grenze vereinbart.

Die Ambitionen der Nachbarstaaten und die große Abhängigkeit von auswärtigen Hilfen haben bei der

laotischen Führung ein wachsendes Interesse an außenpolitischen Themen geweckt. So wurde im Dezember 2001 eine hochrangig besetzte Konferenz einberufen, um eine neue außenpolitische Strategie zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang hat man auch Erfahrungen anderer Staaten wie der Schweiz und Österreich ausgewertet, die es trotz fehlenden Zugangs zum Meer verstanden haben, aus ihrer Binnenlage maximalen Nutzen zu ziehen. Eine solche Politik setzt allerdings ein Ausmaß innerer Geschlossenheit und wirtschaftlicher Potenz voraus, über das Laos in absehbarer Zeit nicht verfügen wird.

## Vietnam

*Einwohner:* 80,98 Millionen

*Ethnische Zusammensetzung:* Vietnamesen 84%, Chinesen 3%; die restliche Bevölkerung besteht überwiegend aus Bergvölkern unterschiedlicher Ethnien

*BIP 2000:* 31 Mrd. US-Dollar

*BIP pro Kopf 2000:* 383 US-Dollar

*Wachstum 1999–2000:* 5,5%

*Verteidigungsbudget 2000:* 1 Mrd. US-Dollar (Schätzwert)

*Truppenstärke:* 484 000 (Heer: 412 000, Marine: 42 000, Luftwaffe: 30 000)

*Staatsoberhaupt:* Tran Duc Luong (seit 1997)

*Regierungschef:* Phan Van Kai (seit 1997)

Nach einem deutlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 4,2 Prozent im Gefolge der Ostasienkrise erhöhte sich die Wachstumsrate 2000 und 2001 auf durchschnittlich 5,5 Prozent.<sup>97</sup> Obwohl Vietnam damit in Ostasien einen der vorderen Plätze belegte, lag dieser Zuwachs doch erheblich unter den von der Regierung angepeilten 7,5 Prozent. Einen wesentlichen Impuls für das Wachstum lieferte ein neues Unternehmensgesetz, das die Gründung von Privatfirmen deutlich erleichterte. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes am 1. Januar 2000 sind mehr als 35 000 neue Privatbetriebe entstanden, die zahlreiche zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben. Für ausländische Investoren wurde ebenfalls eine Reihe von Erleichterungen geschaffen.

<sup>94</sup> Dieser Begriff war mit dem laotisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrag von 1977 eingeführt worden, um das von Hanoi angestrebte Bündnis der drei indochinesischen Staaten zu befördern.

<sup>95</sup> Vgl. Voice of Vietnam, 13.5.2002, zitiert in: BBC, Monitoring Global Newline Asia Pacific Political File (MGNAPPF), 14.5.2002.

<sup>96</sup> Vgl. Asia-Pacific Economic Update 2002, S. 82.

<sup>97</sup> Zu den leicht differierenden Angaben zum Wirtschaftswachstum vgl. Asian Wall Street Journal, 29.12.2001, S. 16; Südostasien aktuell, 20 (November 2001) 6, S. 545; Financial Times, 6.12.2001, S. 6, und FEER, 13.12.2001, S. 59.

rungen durchgesetzt, so daß nach empfindlichen Einbrüchen bei den ausländischen Direktinvestitionen in der Zeit von 1996 bis 1998 im Jahr 2001 ein erneuter Anstieg auf 1 Milliarde US-Dollar zu verzeichnen war; für 2002 geht die Weltbank von 1,2 Milliarden US-Dollar aus.<sup>98</sup> Das von der Regierung verabschiedete Entwicklungsprogramm sieht indes zwischen 2001 und 2005 die Einwerbung wesentlich größerer Beträge von insgesamt 12 Milliarden US-Dollar vor.<sup>99</sup>

Bei den Exporten konnte Hanoi im Jahr 2000, als die weiter entwickelten Nachbarstaaten unter der rapide gesunkenen Nachfrage nach Computerteilen litten, ein Wachstum von 25 Prozent vermelden. Aber schon im darauffolgenden Jahr flachte die Rate auf 7 Prozent ab, nachdem die wichtigsten Exportgüter Vietnams einem mehr als zehnprozentigen Preisverfall ausgesetzt waren.<sup>100</sup> Es bleibt daher bei einem Handelsdefizit von 900 Millionen US-Dollar. Eine signifikante Steigerung seiner Exporte erwartet Hanoi von dem nach langwierigen Verhandlungen abgeschlossenen Handelsabkommen mit den USA, das die Einfuhrzölle für vietnamesische Produkte von 40 auf 5 Prozent senken wird.

Stärker als außenwirtschaftliche Einflüsse drücken ungelöste Probleme im Innern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Trotz wiederholter Beteuerungen, die mehr als 6000 zumeist unrentablen Staatsbetriebe aufzulösen bzw. zu privatisieren, wurden seit 1992 nur 900 zumeist kleinere Unternehmen umgewandelt. Die knapp 100 Großbetriebe, die für das hohe Defizit verantwortlich sind, werden weiterhin unter staatlicher Regie betrieben.<sup>101</sup> Eng verknüpft mit der Umstrukturierung der Staatsbetriebe ist eine Reform des Bankwesens. Während Privatfirmen sich zumeist vergeblich um Kredite bemühen, erhalten staatliche Unternehmen diese auch dann noch, wenn absehbar ist, daß sie sie niemals zurückzahlen werden. Um diese Mittel bereitstellen zu können, sind die Banken wiederum auf Zuweisungen aus dem Staatshaushalt angewiesen. Anfang 2002 verabschiedete die Regierung ein mit 2,33 Milliarden US-Dollar dotiertes

Dreijahresprogramm, um das Bankensystem zu sanieren, die auf 1,3 Milliarden US-Dollar aufgelaufenen »faulen Kredite« abzulösen<sup>102</sup> und das Vertrauen der vietnamesischen Anleger wiederherzustellen.<sup>103</sup>

Angesichts früherer Erfahrungen mit derartigen Programmen sind Zweifel angebracht, ob dieses Mal eine wirkliche Restrukturierung gelingen wird, da die Sanierung bzw. Schließung der betroffenen Unternehmen die ohnehin hohen Arbeitslosenzahlen beträchtlich in die Höhe schnellen ließe.

Über diese Frage ist in der vietnamesischen Führung offenbar noch keine Einigung erzielt worden. Hatte das 3. Plenum des 9. Zentralkomitees im August 2001 noch die »führende Rolle der Staatsunternehmen in der sozialistisch orientierten Marktwirtschaft« hervorgehoben,<sup>104</sup> so beschloß der Nationale Volkskongreß (NVK) wenige Monate später eine Verfassungsänderung, die dem privaten und dem staatlichen Wirtschaftssektor ausdrücklich dieselben Rechte und die gleiche Behandlung durch staatliche Organe zusicherte.<sup>105</sup> Heftig umstritten blieb aber weiterhin, ob und wie weit Parteimitglieder sich als private Unternehmer betätigen dürfen.<sup>106</sup>

Der 9. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) hatte dieses Thema im April 2001 aufgegriffen und einen neuen, energischen Führungsstil auch gegenüber dem eigenen Apparat angekündigt. Die Wahl des neuen Generalsekretärs Nong Duc Manh weckte vielfach Hoffnungen auf einen entschiedeneren Reformkurs, da sich seine Biographie deutlich von der seines Vorgängers Le Ka Phieu unterschied. Manh hatte keine militärische Karriere, aber ein Auslandsstudium in Moskau vorzuweisen. Als erfolgreicher Konfliktmanager hatte er bereits zahlreiche Auslandsreisen unternommen und seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, sich auf internationalem Parkett zu bewegen.

Nach einem Jahr Amtszeit zeigt sich nun, daß einige dieser Erwartungen wohl zu hoch waren. Offenbar war Nong Duc Manh eben auch ein Kompro-

<sup>98</sup> Vgl. World Bank Spring Report, 18.4.2002, zitiert in: Vietnam News List, <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 19.4.2002.

<sup>99</sup> Vgl. Vietnam News Agency, 4.9.2001, zitiert in: BBC, Monitoring Global Newslines Asia Pacific Economic File (MGNAPPEF), 4.10.2001.

<sup>100</sup> Vgl. FEER, 13.12.2001, S. 59.

<sup>101</sup> Vgl. Associated Press, 6.5.2002 zitiert in: Vietnam News List, <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 6.5.2002.

<sup>102</sup> Vgl. Voice of Vietnam, 6.1.2002, zitiert in: BBC, MGNAPPEF, 7.1.2002.

<sup>103</sup> Nach westlichen Berichten haben vietnamesische Staatsbürger ca. 5 Mrd. US-Dollar in Singapur und anderen Drittstaaten angelegt, wo eine verlässliche Zins- und Rückzahlung gewährleistet ist. Vgl. International Herald Tribune, 4.2.2002, S. 4.

<sup>104</sup> Vgl. Voice of Vietnam, 22.8.2001, zitiert in: BBC, MGNAPPEF, 23.8.2001.

<sup>105</sup> Vgl. Financial Times, 12.12.2001, S. 8.

<sup>106</sup> Vgl. FEER, 28.3.2002, S. 8.



mißkandidat, der zwar anders als sein Vorgänger auftritt, aber nicht in der Lage ist, die Machtbasis der regionalen und lokalen Kader zu brechen. Die Korruption, die die Legitimität und Effizienz des Herrschaftsystems zunehmend zersetzt, konnte nicht eingegrenzt, geschweige denn zurückgedrängt werden. Auf die Massenproteste im Februar 2001 im Hochland von Dac Lak reagierte die Regierung eher mit Repression als mit Reformen, so daß in den wirtschaftlich weniger entwickelten und zumeist von ethnischen Minderheiten bewohnten Regionen mit neuen Unruhen zu rechnen ist.

Außenpolitisch gelang Vietnam mit der Unterzeichnung und Ratifizierung des Handelsabkommens mit den USA ein lange angestrebter Durchbruch, der auch die Handelsbeziehungen zu anderen Partnern stimulieren und den angestrebten Beitritt zur WTO erleichtern wird.<sup>107</sup> Auf politischer Ebene ist das Verhältnis zu Washington allerdings keineswegs konfliktfrei. Die amerikanische Kritik an der Menschenrechtssituation in Vietnam wird in Hanoi kategorisch zurückgewiesen. Die vietnamesische Regierung hat die Terrorakte des 11. September, aber auch die militärische Intervention der USA in Afghanistan verurteilt; letztere sei ohne ausdrückliches VN-Mandat erfolgt, gefährde das Leben unschuldiger Menschen und werde sich letztlich als kontraproduktiv erweisen.<sup>108</sup> Außerdem hat Hanoi Washington zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung exilvietnamesischer Gruppierungen in den USA aufgefordert, die Bombenattentate auf vietnamesische Botschaften in Bangkok und Manila verübten.<sup>109</sup>

Bei der Beurteilung der internationalen Lage herrscht zwischen Vietnam und China sehr viel größere Übereinstimmung. 2001 reisten zahlreiche Delegationen aus den unterschiedlichsten Bereichen in das Nachbarland. Der bilaterale Handel erreichte ein Volumen von 2,5 Milliarden US-Dollar und soll sich bis 2005 verdoppeln. Gleichzeitig zeichnet sich keinerlei Lösung für den Territorialdisput über den Grenzverlauf im Südchinesischen Meer ab. Ein bereits unterzeichnetes Abkommen über die Demarkierung der Landgrenze und der Grenze im Golf von Tonking hat in Vietnam zu massiven Protesten gegen die eigene Regierung geführt. Ihr wurde vorgeworfen,

China zu viele und zu weitreichende Zugeständnisse gemacht zu haben. Die gewaltsame Unterdrückung dieser Proteste war nicht dazu angetan, solche Befürchtungen zu beschwichtigen.<sup>110</sup>

Moskau hat nach seinem militärischen Rückzug aus Vietnam (s.u.) Interesse bekundet, die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren. Dies stößt in Hanoi auf breite Zustimmung. Rußland wird nicht nur als Waffenlieferant geschätzt, sondern auch als Kooperationspartner bei der Erdölförderung und -verarbeitung sowie im Anlagenbau, wo andere Anbieter zumeist höhere Preise verlangen und die lokale Infrastruktur mit ihren technischen Standards häufig überfordern.<sup>111</sup> Als Handelspartner sind Rußland und Vietnam komplementär. Allerdings stehen einer signifikanten Erweiterung des Handelsvolumens von derzeit ca. 500 Millionen US-Dollar einige ungelöste Finanzierungsfragen im Wege.

Der ASEAN-Vorsitz, den Vietnam turnusgemäß im zweiten Halbjahr 2001 übernommen hatte, bescherte Hanoi eine Reihe internationaler Treffen und damit auch größeres internationales Renommee. Andererseits hat sich gezeigt, daß Vietnam als »ASEAN-Newcomer« weder willens noch fähig ist, der Gemeinschaft in ihrer gegenwärtig schwierigen Situation (s.u.) neue Impulse zu geben oder neue Ziele aufzuzeigen. Hanoi ist vielmehr bestrebt, sich nicht erneut in regionale Dispute und Spannungen verwickeln zu lassen. Angesichts vergangener Erfahrungen ist diese Strategie verständlich, birgt jedoch auch die Gefahr, daß Hanoi außenpolitisch zu sehr in die Defensive gerät und zukunftsweisende Optionen verschenkt.

**107** Vgl. Mark Manyin, *The Vietnam-US Normalisation Process*, Washington: Congressional Research Service, aktualisiert 28.11.2001.

**108** Vgl. *Asian Wall Street Journal*, 10.10.2001, S. 7.

**109** Vgl. Vietnam News Agency, 17.10.2001, zitiert in: BBC, MGNAPF, 18.10.2001.

**110** Vgl. Agence France-Presse, 16.4.2002, zitiert in <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 16.4.2002.

**111** Vgl. Interfax News Agency, 14.1.2002, zitiert in: Vietnam News List, <<http://coombs.anu.edu.au/~vern/vnnews-list.html>>, 14.1.2002.

## Kräftegleichgewicht

Nach dem 11. September 2001 hat sich das Kräftegleichgewicht in Südostasien weiter zugunsten externer Mächte verschoben. Dabei mag der Ausbau der amerikanischen Führungsrolle im Rahmen der internationalen »antiterroristischen Koalition« kaum verwundern. Bemerkenswerter erscheint schon der Umstand, daß sich die Volksrepublik China jedenfalls tendenziell anschickt, Washington in dieser Rolle herauszufordern und Tokyo daran zu hindern, seinerseits einen wichtigeren Part zu übernehmen. Anzeichen für die chinesische Herausforderung sind eine anhaltende Vorwärtspolitik im Südchinesischen Meer und auf dem südostasiatischen Festland, Kontakte zu neuen regionalen Akteuren wie Osttimor sowie neue Regionalismus-Angebote (vgl. »Kooperation«). Gleichzeitig macht sich die »Gemeinschaft Südostasiatischer Nationen« in der neuen regionalen Ordnung immer weniger durch eigene Initiativen bemerkbar.

### Rüstungswettbewerb und neue Geographie

Südostasiens Aufrüstung ist auch in Zeiten einer stagnierenden Konjunktur weitergegangen. So unterzeichneten Washington und Bangkok 2001 eine Absichtserklärung über die Lieferung amerikanischer Luft-Luft-Raketen für Thailands F-16-Flotte.<sup>112</sup> Die thailändische Luftwaffe drängte die Regierung zum Kauf von neuen Kampf- und Transportflugzeugen.<sup>113</sup> Die Marine erwog die Anschaffung von zwei britischen Fregatten.<sup>114</sup> Im Frühjahr 2002 erhielt Birma 12 russische MiG-29-Kampfflugzeuge, die im thailändisch-birmanischen Grenzgebiet stationiert wurden.<sup>115</sup> Malaysia orderte Kampfpanzer in Polen, Panzerabwehr-Raketen in Rußland,<sup>116</sup> F/A-18-Kampfflugzeuge in den USA, Boden-Luft-Raketen in Großbritannien

und erstmals drei dieselgetriebene U-Boote in Frankreich.<sup>117</sup> Indonesien und Malaysia erwägen den Kauf des russischen Kampfbombers Su-30, eines der modernsten Kampfflugzeuge der Welt, über das in der Region bisher nur China, Indien und Vietnam verfügen.<sup>118</sup> Die USA überließen den Philippinen gebrauchte Transportflugzeuge, Hubschrauber und Patrouillenboote zur Bekämpfung der Abu Sayyaf.<sup>119</sup> Singapur bestellte weitere amerikanische Kampfhubschrauber<sup>120</sup> und interessiert sich für neue Kampfflugzeuge.<sup>121</sup>

Der Rüstungswettbewerb unter den ASEAN-Partnern löste Irritationen aus, obwohl er angeblich nicht gegeneinander gerichtet war. So erwog Malaysia angesichts der anhaltenden Aufrüstung in Singapur 2001 anscheinend vorübergehend, in unmittelbarer Nachbarschaft des Stadtstaats einen Militärstützpunkt einzurichten.<sup>122</sup>

Während mit der schleichenden Fragmentierung Indonesiens die inoffizielle Führungsmacht der ASEAN entfallen ist, sehen sich Jakartas unmittelbare Nachbarn wie Malaysia, Singapur, Osttimor und Brunei mit erheblichen potentiellen und akuten Sicherheitsproblemen konfrontiert, die ihren Ursprung zum Teil in Indonesien haben. Die Probleme fallen derzeit noch zumeist in die Kategorie der nicht-militärischen Risiken (s.u.). Nimmt man ungeklärte Territorialfragen hinzu, kann aber auch eine Eskalation zum zwischenstaatlichen Konflikt nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen werden.

**112** Vgl. Jane's Defence Weekly, 1.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 2.8.2001.

**113** Vgl. The Bangkok Post, 29.11.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 29.11.2001.

**114** Vgl. The Bangkok Post, 25.6.2002, zitiert in: Asia-Pacific Naval Brief, 28.6.2002.

**115** Asian Defence Journal, Februar 2002, S. 72.

**116** Vgl. Jane's Defence Weekly, 15.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 17.8.2001.

**117** Vgl. Défense-aérospatiale, 10.4.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 10.4.2002.

**118** Vgl. The Age, 30.7.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 30.7.2001.

**119** Vgl. The Manila Bulletin, 2.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 24.8.2001.

**120** Vgl. The Straits Times, 23.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 24.8.2001.

**121** Vgl. Défense-aérospatiale, 17.1.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 17.1.2002.

**122** Vgl. The Straits Times, 8.11.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 9.11.2001.

## Der Zustand von Pax Americana

Nachdem fast alle Regionalstaaten im Frühjahr 2001 Sorge über die Verschlechterung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen bekundet hatten, interpretierten sie die »antiterroristische Koalition« vom September 2001 mehrheitlich als Chance. Damit schien nicht nur das Verhältnis zwischen Washington und Peking stabilisiert; unterschiedlich fragile Regime von Manila bis Kuala Lumpur konnten ihre innenpolitischen Herausforderer nunmehr mit dem internationalen Terrorismus in Verbindung bringen und die eigenen Beziehungen zu den USA auf diesem Weg verbessern oder ausbauen. Die USA ihrerseits haben in den letzten Monaten in Südostasien eine »zweite Front« eröffnet und dabei ihre frühere Menschenrechtskritik weitgehend zurückgenommen.

Das bedeutet nicht, daß Washington seine konventionellen Truppen von Nordost- (und mittlerweile Zentralasien) nach Südostasien verlegt.<sup>123</sup> Bisher beschränkt sich die regionale Kooperation im wesentlichen auf eine bessere Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, auf Ausbildungs- und Ausrüstungshilfen. In der Quadrennial Defence Review vom 30. September 2001 bekannte sich das Pentagon pauschal zu einer langfristigen amerikanischen Truppenpräsenz in ganz Ostasien und einem Ausbau bestehender Bündnisse. Dabei wurde neben Nordostasien erstmals »die ostasiatische Küste zwischen der Bucht von Bengalen und der Japan-See« erwähnt.<sup>124</sup> Während diese Formel möglicherweise die Einbeziehung Taiwans erleichtern soll, ist sie vor allem ein Synonym für Südostasien, wo – unter anderem mit Hilfe zusätzlicher Flugzeugträger – strategische Schifffahrtswege vor einem nicht benannten potentiellen Aggressor geschützt werden sollen.

Damit dürfte eher die Volksrepublik China gemeint sein als al-Qaida. Generell hat die Antiterror-Strategie der USA den Nebeneffekt, daß sich China mittlerweile von einem Ring aus Alliierten und Partnern Washingtons umschlossen sieht.<sup>125</sup> Eine solche Entwicklung war bereits vor dem 11. September erkennbar. So ver-

<sup>123</sup> Allerdings sollen die jährlichen »Cobra Gold«-Manöver mit Thailand um Antiterror-Szenarien erweitert werden. Vgl. The Bangkok Post, 16.11.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 20.11.2001.

<sup>124</sup> Vgl. Quadrennial Defence Review Report, Washington: Department of Defence, 30.9.2001, S. 4.

<sup>125</sup> Vgl. Kay Möller, Die USA und China: Sanftes Containment, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2002.

anstalteten zwei amerikanische Flugzeugträger-Einheiten im August 2001 Übungen im Südchinesischen Meer. Die amerikanisch-australische Allianz wurde weiter ausgebaut, die Gründung eines sicherheitspolitischen Forums (»Canberra Initiative«) unter Beteiligung Japans, Australiens sowie – möglicherweise – Südkoreas diskutiert.<sup>126</sup> Mitte 2001 führten die USA und Brunei gemeinsame Seemanöver durch. Seit dem 11. September 2001 patrouillieren amerikanische Fregatten in der Malakka-Straße. Indien wurde aufgefordert, sich an diesen Patrouillen zu beteiligen.<sup>127</sup>

## Rußland, Japan, Indien, China

Im Südchinesischen Meer erscheint der Status quo heute instabiler als etwa in der Taiwan-Straße. Während Verhandlungen zwischen der ASEAN und China über einen Verhaltenskodex andauern,<sup>128</sup> kommt es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen der philippinischen Marine und chinesischen Fischerbooten.<sup>129</sup> Mitte 2001 berichteten amerikanische Geheimdienste von chinesischen Bemühungen, in dem von Manila beanspruchten Scarborough Shoal einen Militärstützpunkt zu errichten. Dieselben Quellen vermeldeten die Präsenz von zwölf Kriegsschiffen der Volksrepublik im Spratly-Archipel.<sup>130</sup> Zu Jahresende gaben die Philippinen die Ent-

<sup>126</sup> Vgl. The Sydney Morning Herald, 1.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 31.7.2001. Die USA haben darüber hinaus vorgeschlagen, daß sich Japan und Südkorea künftig an den jährlichen amerikanisch-philippinischen Manövern beteiligen sollen. Vgl. Japan Today, 15.3.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 14.3.2002.

<sup>127</sup> Vgl. FEER, 21.3.2002, S. 10.

<sup>128</sup> Eine Vereinbarung scheidet bisher vornehmlich an der vietnamesischen Forderung, den von China besetzten Paracel-Archipel einzubeziehen. Peking seinerseits verlangt Begrenzungen für die Militärpräsenz der USA, etwa im Rahmen von Manövern. Die ASEAN fordert eine Einschränkung der chinesischen Bautätigkeit auf verschiedenen Spratly-Inseln. Vgl. Liselotte Odgaard, Deterrence and Co-operation in the South China Sea, in: Contemporary Southeast Asia, 23 (August 2001) 2, S. 292–306 (303). Mitte 2001 schlugen die Philippinen vor, den geographischen Geltungsbereich des Kodex offenzulassen. Vgl. Yahoo News, 1.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 2.8.2001.

<sup>129</sup> Immer häufiger vermelden die Philippinen auch das Eindringen vietnamesischer Fischerboote und Kriegsschiffe in von Manila beanspruchte Gewässer. Vgl. Associated Foreign Press, 16.11.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 23.11.2001.

<sup>130</sup> Vgl. FEER, 5.7.2001, S. 15–16.

deckung potentiell umfangreicher Ölvorkommen bei Palawan bekannt.<sup>131</sup>

China arbeitet weiter an der Entwicklung eines Systems zur Luftbetankung seiner Kampfflugzeuge.<sup>132</sup> Bemühungen um den Erwerb eines luftgestützten Frühwarnsystems von Israel scheiterten 2001 am Einspruch der USA.<sup>133</sup>

Überdeckt von der Debatte um eine Beteiligung an den antiterroristischen Operationen der USA hat Japan seine sicherheitspolitischen und halb-militärischen Aktivitäten in Südostasien schrittweise ausgebaut. Im August 2001 vereinbarten Tokyo und Manila, ein bilaterales sicherheitspolitisches Konsultationsforum zu gründen und die Möglichkeit gemeinsamer Manöver zu prüfen.<sup>134</sup> In der zweiten Hälfte des Jahres 2001 nahmen Patrouillenboote der japanischen Küstenwache wiederholt an Antipirateriemänavern südostasiatischer Staaten auf hoher See teil. Anfang 2002 wurden im Rahmen des größten Auslandseinsatzes seit dem Pazifischen Krieg (1941–45) 680 japanische Pioniere zur Beteiligung an friedenerhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen nach Osttimor entsandt. Im Januar sprach Premierminister Junichiro Koizumi während einer Reise durch mehrere ASEAN-Staaten von der Notwendigkeit einer »drastischen Intensivierung« der sicherheitspolitischen Kooperation zwischen Japan und der Gemeinschaft.<sup>135</sup>

Bei Besuchen in Südostasien bekundete Indiens Ministerpräsident Atal Beahri Vajpayee wiederholt das Interesse seines Landes an einer verstärkten Einflusnahme in dieser Region. Für November 2002 ist eine gemeinsame Konferenz der ASEAN-Staaten mit Indien in Phnom Penh geplant. Außerdem unternimmt Indien seit zwei Jahren gemeinsam mit einzelnen ASEAN-Mitgliedern Patrouillen im Südchinesischen Meer und zeigt so erstmals militärische Präsenz in dieser Region. Doch Indien fehlt es an ökonomischer Potenz, um in Südostasien in ernsthafte Konkurrenz zu China, Japan oder gar zu den USA zu treten bzw. Felder zu besetzen, die von diesen drei Ländern nicht mehr oder noch nicht besetzt werden können.

<sup>131</sup> Vgl. The Star (Manila), 3.12.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 3.12.2001.

<sup>132</sup> Vgl. Frank W. Moore, *China's Military Capabilities*, Washington: Institute for Defence and Disarmament Studies, Juni 2000 <<http://www.idds.org/>>.

<sup>133</sup> Vgl. Jane's Defence Weekly, 2.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 2.8.2001.

<sup>134</sup> Vgl. Kyodo, 28.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 5.9.2001.

<sup>135</sup> Vgl. FEER, 24.1.2002, S. 24–25.

Rußland ist heute in Südostasien faktisch nicht mehr präsent, wenn man von Rüstungslieferungen und einer eher symbolischen Mitwirkung an APEC und dem sicherheitspolitischen Pendant ASEAN Regional Forum (ARF, s.u.) einmal absieht. Selbst in Vietnam, das seine Beziehungen zu Rußland wieder intensivierte, hat Moskau entgegen früheren Ankündigungen seinen Marinestützpunkt in der Cam Ranh Bay noch vor Ablauf der Vertragsfrist geräumt. Sowohl China als auch die USA interessieren sich für eine militärische Nutzung der Anlage, die für die Regierung in Hanoi allerdings wegen der immer noch bestehenden Empfindlichkeiten derzeit nicht in Frage kommt.

## Nichtmilitärische Risiken

Als Folge der nicht vollständig überwundenen Rezession haben nichtmilitärische Faktoren, die die regionale Stabilität bedrohen (Migration, Menschen-, Waffenhandel, Piraterie), an Virulenz gewonnen. Nach Schließung der afghanischen Grenze im September 2001 ist darüber hinaus eine spürbare Zunahme des Drogenhandels im Grenzgebiet zwischen Birma, Thailand und Laos zu beobachten, da ein Teil der Nachfrage, die früher durch Afghanistan abgedeckt worden war, sich nun auf diese Region konzentriert.<sup>136</sup> Die wachsende Gewaltbereitschaft der Drogenhändlerringe, ihre verbesserte Ausrüstung mit modernen Infanteriewaffen und ihre enormen Gewinnzuwächse stellen eine Herausforderung für die Regierungen der drei Länder dar, gegenüber der herkömmliche Methoden und das Nicht-Interventionsgebot der ASEAN versagen.

Die weiteren Auswirkungen des internationalen Terrorismus und der Abwehrbemühungen seit dem 11. September 2001 sind noch unklar. Es gibt in jedem Staat des malaiischen Archipels sowie im südlichen Thailand bewaffnete islamische, auch islamisch-extremistische Bewegungen, die teils untereinander und teils mit dem arabischen und zentralasiatischen Terrorismus vernetzt sind. Einige von ihnen wurden mit terroristischen Anschlägen in ihren Heimatländern in

<sup>136</sup> Die Drogenbekämpfungsorganisation der Vereinten Nationen hatte bereits im September 2001 eine entsprechende Warnung herausgegeben. Vgl. BBC, 26.9.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 27.9.2001. Im Mai 2002 stand das jährliche »Cobra Gold«-Manöver der USA und Thailand erstmals im Zeichen der Drogenbekämpfung.

Verbindung gebracht. Andere betrieben mit Hilfe regionaler Drogennetze Geldwäsche.<sup>137</sup>

Es empfiehlt sich allerdings eine grobe Unterscheidung in verhältnismäßig kleine, häufig ferngesteuerte Gruppen, die in Verbindung zu Osama bin Ladens al-Qaida und anderen internationalen Netzwerken stehen, und traditionellen Unabhängigkeitsbewegungen wie der GAM in Aceh, deren Ambitionen (und Kontakte) im wesentlichen regional begrenzt und die zu Verhandlungen bereit sind.<sup>138</sup> Wenn diese Differenzierung nicht erfolgt, rechnen Beobachter mit einer neuen Verstrickung der USA in innenpolitische Konflikte mit nachteiligen Auswirkungen für Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte.<sup>139</sup>

**137** Im Dezember 2001 beschlagnahmte die thailändische Polizei Guthaben eines birmanischen Drogenhändlers, den die USA in Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus gebracht hatten.

**138** Unklar bleibt in diesem Zusammenhang die Rolle der philippinischen MILF, die mit al-Qaida jedenfalls vorübergehend in Ausbildungsfragen zusammengearbeitet hat. Vgl. Rohan *Gunaratna*, Al-Qaeda's Infrastructure in Asia, in: *Jane's Intelligence Review*, 14 (Januar 2002) 1, S. 18–20 (18).

**139** Vgl. FEER, 18.4.2002, S. 14–18.

## Kooperation

Nach der Krise von 1997/98 verortet die ASEAN ihre eigene Zukunft zunehmend in der weiteren ostasiatischen Region; die Führungsrolle machen sich hier China und Japan streitig. Auf die Herausforderung durch den internationalen Terrorismus wurden dabei bisher keine überzeugenden regionalen Antworten gefunden. Der Grund dafür besteht darin, daß jegliche antiterroristische Zusammenarbeit zu gegenseitiger Einmischung in »innere Angelegenheiten« führen kann. Die Akzeptanz solcher Einmischung und der notwendigen Transparenz würde jenes Vertrauen voraussetzen, das vermutlich nur reife Demokratien füreinander aufbringen.

### ASEAN

Die militärische und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen ASEAN-Staaten wurde infolge der Anschläge vom 11. September ausgebaut. Malaysia und Indonesien hatten diesbezüglich ohnehin kurz zuvor Verhandlungen vereinbart.<sup>140</sup> Gemeinsam mit den Philippinen schlossen sie im Februar 2002 ein erstes subregionales Abkommen über den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse,<sup>141</sup> und Singapur versorgte die Partner fortan mit eigenen Informationen über terroristische Aktivitäten. Im Oktober 2001 und im Mai 2002 veranstalteten Malaysia und die Philippinen gemeinsame Seemanöver zur Bekämpfung von Terrorismus und Piraterie. Ebenfalls im Mai 2002 vereinbarten Kuala Lumpur, Jakarta und Manila gemeinsame antiterroristische Maßnahmen inklusive grenzüberschreitender Operationen.<sup>142</sup> Thailand trat dem Abkommen wenig später bei. Kurz darauf präsentierten die ASEAN-Innenminister den

Entwurf eines »Aktionsplans« für eine verbesserte Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus.<sup>143</sup>

Dergleichen Aktivismus kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit den zusätzlichen Informationen in sehr unterschiedlicher Weise umgegangen wurde. So kam es während eines ASEAN-Außenministertreffens in Phuket im Februar 2002 beinahe zum Eklat, nachdem Singapur und Malaysia die indonesische Führung vergeblich aufgefordert hatten, auf Hinweise bezüglich terroristischer Aktivitäten im Lande zu reagieren.<sup>144</sup>

Während sich angespannte bilaterale Beziehungen angesichts der drohenden Rezession zu verbessern schienen,<sup>145</sup> blieb der multilaterale Impuls auch nach dem 11. September unterentwickelt. So scheiterten die ASEAN-Mitglieder auf ihrem Gipfel von Brunei im November 2001 mit dem Versuch, einen gemeinsamen Standpunkt zur amerikanischen Intervention in Afghanistan zu formulieren. Eine Willenserklärung der ASEAN-Heereskommandeure vom selben Monat über die Koordinierung ihrer antiterroristischen Initiativen blieb vage.<sup>146</sup> Regionale Vereinbarungen in diesem Bereich werden deshalb kaum über punktuelle technische Maßnahmen hinausgehen.<sup>147</sup>

Im übrigen bestehen die meisten aktuellen Probleme der ASEAN bereits seit langer Zeit. Ausländische Direktinvestitionen in der Region sind seit 1996 rückläufig. Seit 1992 sind sie niedriger als entsprechende Investitionen in der Volksrepublik China.<sup>148</sup> An diesem

<sup>140</sup> Vgl. Reuters, 28.8.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 29.8.2001.

<sup>141</sup> Vgl. The Straits Times, 21.2.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 21.2.2002. Manila hatte sich bereits vor der Krise bemüht, seine Nachbarn sowie Brunei für gemeinsame Schritte gegen Piraterie und Waffenschmuggel zu gewinnen.

<sup>142</sup> Vgl. The Jakarta Post, 2.5.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 2.5.2002.

<sup>143</sup> Vgl. FEER, 30.5.2002, S. 10.

<sup>144</sup> Vgl. The Age, 22.2.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 21.2.2002.

<sup>145</sup> Singapur und Malaysia vereinbarten im September 2001 im Grundsatz, alle bilateralen Probleme zu klären, darunter die Versorgung der Inselrepublik mit Wasser. Vgl. Renmin Ribao, 4.9.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 5.9.2001. Anfang 2002 kam es allerdings zu neuen Irritationen über singapurische Landgewinnungs-Aktivitäten in der Nähe der malaysischen Küste. Vgl. FEER, 18.4.2002, S. 22.

<sup>146</sup> Vgl. The Straits Times, 15.11.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 15.11.2001.

<sup>147</sup> Auf dem Bruneier Gipfel wurden gemeinsame Übungen der Streitkräfte zur Abwehr von Terroristen erörtert. Vgl. Reuters, 16.11.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 20.11.2001.

<sup>148</sup> Während ausländische Direktinvestitionen in Malaysia, Indonesien, Singapur, Thailand und den Philippinen jene in

Dilemma wird auch die im November 2001 vereinbarte Gründung einer ASEAN–China-Freihandelszone in zehn Jahren nichts ändern. Chinas Kaufkraft dürfte während dieser Zeit keinesfalls ausreichen, um in den ASEAN-Staaten eine Reduzierung der bisherigen industriellen Massenproduktion und ein Vorstoßen auf ein höheres technologisches Niveau zu ermöglichen.

Ebenfalls seit der Krise spiegelt die Schwäche Indonesiens den Zustand der Gemeinschaft wider, und ein Ende ist nicht abzusehen. Gleichzeitig blieben Versuche erfolglos, die Entwicklungskluft zwischen alten und neuen Mitgliedern zu schließen. Aber auch unter den alten Mitgliedern lebte der Reformelan der ersten Hälfte der neunziger Jahre nicht wieder auf. Die am 1. Januar 2002 proklamierte ASEAN-Freihandelszone (ASEAN Free Trade Area, AFTA) betrifft nur etwa 20 Prozent der Exporte der Teilnehmerstaaten und sieht zahlreiche Ausnahmeregelungen vor. In der weiteren Region ist das 1993 von der Gemeinschaft ins Leben gerufene ARF (unter Einbeziehung aller ostasiatischen Staaten, Kanadas, der USA, Australiens, Neuseelands, Rußlands und Indiens) immer noch nicht von der Phase der Vertrauensbildung zu jener der Präventivdiplomatie übergegangen. Im Juni 2002 schlug der Leiter der japanischen Verteidigungsagentur vor, ein zusätzliches panpazifisches Forum der Verteidigungsminister zu gründen.<sup>149</sup>

## ASEAN+3

Die Erweiterung der ASEAN-Zusammenarbeit um die nordostasiatischen Industriestaaten und den chinesischen Wachstumsmarkt war kurz nach der Ostasienkrise vielfach als Ausweg aus der anhaltenden südostasiatischen Stagnation gesehen worden. Mittlerweile ist der neue Rahmen ASEAN+3 (ASEAN, Südkorea, China und Japan) jedoch schon mit Fragezeichen versehen. Hatten sich noch 2000 hohe Erwartungen an die finanzpolitische Zusammenarbeit im Rahmen der sogenannten Chiangmai-Initiative geknüpft, so beschlossen die Mitglieder im folgenden Jahr, die Gewährung von Devisenhilfen von der Beachtung von IWF-Kriterien abhängig zu machen und diese nur

China noch 1990 um das Dreifache übertrafen, ergab der Vergleich 2000 nur noch 10,2 Mrd. US-Dollar in den genannten südostasiatischen Staaten und 38,4 Mrd. US-Dollar in der Volksrepublik. Vgl. International Herald Tribune, 1.2.2002, S. 11.

<sup>149</sup> Vgl. Kyodo, 3.6.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report <<http://www.nautilus.org/>>, 5.6.2002.

ergänzend zu Maßnahmen des Fonds zu gewähren. Damit wurde ausgerechnet jener »amerikanische Mechanismus« gestärkt, zu dem Chiangmai die Alternative hätte liefern sollen. Die ersatzweise einmal mehr ins Spiel gebrachte Gründung einer gesamtregionalen Freihandelszone scheiterte sowohl an der notorischen Führungsschwäche Japans als auch an der traditionellen japanisch-chinesischen Rivalität. So versuchte Premierminister Koizumi zwar während einer Südostasienreise im Januar 2002, das Projekt einer ASEAN–China-Freihandelszone dadurch zu übertrumpfen, daß er einen Plan für einen gesamtregionalen Kooperationsraum unter Einschluß Australiens und Neuseelands (»Pazifischer Wirtschaftsblock«) vorschlug. Dabei blieb er aber so vage, daß seine Gesprächspartner mühelos zustimmen konnten.<sup>150</sup> Koizumi unterzeichnete mit dem Nicht-Agrarland Singapur ein Freihandelsabkommen, mußte die übrigen ASEAN-Staaten jedoch auf unbestimmte Zeit vertrösten. Zu dieser Zeit waren die japanischen Direktinvestitionen in Südostasien von 15 Milliarden US-Dollar 1999 auf 10 Milliarden US-Dollar 2001 zurückgegangen, und Tokyo hatte eine Kürzung seiner Entwicklungshilfe um 10 Prozent angekündigt.<sup>151</sup>

Eine verschärfte chinesisch-japanische Rivalität in der Region könnte ASEAN+3 vollends zur Chimäre machen. Koizumis Kooperationsmodell sprengt nicht nur diesen Rahmen, sondern sieht auch ausdrücklich enge Beziehungen zu den USA vor, die ihrerseits im April 2002 mit Singapur ein Freihandelsabkommen vereinbarten.<sup>152</sup> Der japanische Vorschlag liegt damit zwar gewissermaßen im internationalen Trend, wäre jedoch den Ambitionen der Volksrepublik China diametral entgegengesetzt.

<sup>150</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 15.1.2002, S. 8.

<sup>151</sup> Ebd.

<sup>152</sup> Vgl. FEER, 24.1.2002, S. 26. Das amerikanisch-singapurische Abkommen soll singapurische Produktionsstätten in Indonesien einbeziehen.

## Der Bedeutungsverlust hält an

War Südostasien in Gestalt der ASEAN noch bis in die neunziger Jahre hinein als eines der wenigen außer-europäischen Beispiele für funktionierenden Regionalismus gepriesen worden, so hat sich seit der Ostasienkrise, dem Sturz Suhartos und dem 11. September der Eindruck eines konzeptionslosen und möglicherweise überholten Kooperationsmodells verfestigt. Verantwortlich hierfür ist nicht nur die Abwanderung der Investoren nach China, sondern auch die offenkundige Überdehnung der Gemeinschaft durch die Aufnahme der indochinesischen Staaten und Birmas zwischen 1995 und 1997. Bis dahin hatte unter anderem die günstige internationale Großwetterlage dazu beigetragen, daß die »flache Integration« auf Grundlage von Konsens und gegenseitiger Nichteinmischung recht erfolgreich verlief. Nunmehr brachten die neuen Mitglieder jedoch eine andere diplomatische Kultur und teils schwerwiegende diplomatische Probleme mit, die allenfalls über starke gemeinsame Institutionen hätten kanalisiert werden können. Entsprechende Initiativen, die insbesondere von Thailand lanciert wurden, scheiterten aber an der Beharrlichkeit traditioneller Rentiersysteme in den meisten übrigen Staaten, wobei auch das neue Indonesien keine Ausnahme machte.

Gleichzeitig war Jakarta mit seiner Dauerkrise als »interner Föderator« der ASEAN ausgefallen. Die übrigen Mitglieder suchten ihr Heil innenpolitisch zunehmend in Nationalismus/Populismus und in (zumeist wirtschaftlichen) Arrangements außerhalb der Gemeinschaft. Dazu kam nach dem 11. September 2001 eine mehr oder minder enthusiastische Mitwirkung an der »internationalen antiterroristischen Koalition«, die auf Kosten regionaler Antworten zu gehen scheint. ASEAN+3 bleibt eine ferne und weitgehend unrealistische Vision.

Die Krise des 11. September traf die Region an der Schwelle zu einer neuen Rezession. Selbst wenn diese 2002 überwunden werden sollte, sind derzeit weder China noch Japan in der Lage, die USA als regionalen Wirtschaftsmotor abzulösen. Nichtsdestotrotz lieferten sich Peking und Tokyo einmal mehr einen Kampf um die Führungsrolle in der ostasiatischen Gesamtregion. Den Sieg in der ersten Runde konnte die Volksrepublik mit ihren Plänen für eine ASEAN-China-Frei-

handelszone für sich verbuchen. Bis zur Initialphase dieses und anderer Projekte werden allerdings mindestens zehn Jahre vergehen. Während dieser Zeit bleibt Südostasien (wie Ostasien insgesamt) wirtschafts- und sicherheitspolitisch in hohem Maße auf die USA angewiesen.

### Abkürzungen

AFTA	ASEAN Free Trade Area
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
ARF	ASEAN Regional Forum
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CPP	Chart Pattana Party
FEER	Far Eastern Economic Review
Fretilin	Frente Revolucionário do Timor Leste Independente
FUNCINPEC	Front Uni pour un Cambodge Indépendant, Neutre, et Coopératif
GAM	Gerakan Aceh Merdeka
IBRA	Indonesian Banking Restructuring Agency
IMET	International Military and Education Training Programme
ISA	Internal Security Act
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMM	Kumpulan Mujahidin Malaysia
KPV	Kommunistische Partei Vietnams
KVP	Kambodschanische Volkspartei
MGNAPF	Monitoring Global Newline Asia Pacific Economic File
MILF	Moro Islamic Liberation Front
MNLF	Moro National Liberation Front
NAP	New Aspiration Party
NLD	Nationale Liga für Demokratie
NVK	Nationaler Volkskongreß
OPM	Organisasi Papua Merdeka
PAP	People's Action Party
Pas	Parti Islam se-Malaysia
PDI-J	Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan
PPP	Partai Persatuan Pembangunan
TRT	Thai Rak Thai
UMNO	United Malay National Organisation
UNDP	United Nations Development Program
UNTAET	United Nations Transitional Administration in East Timor
VN	Vereinte Nationen
VRP	Volksrevolutionäre Partei
WTO	World Trade Organisation